

# HAUPTSTADT

Neuer Berner Journalismus



Sonderheft

Bürgergemeinde

Jetzt  
**Abo**  
lösen

# Ich lese unabhängig

**HAUPTSTADT.be**  
Neuer Berner Journalismus



## Editorial

Man kann Bern nicht verstehen, wenn man die oft schwer erkennbare Rolle der Burgergemeinde nicht versteht.

18'000 Menschen gehören der Berner Burgergemeinde an, sie ist eine der grössten und wohlhabendsten der Schweiz. Sie besitzt ein Drittel des städtischen Bodens sowie Liegenschaften in Stadt und Agglomeration Bern. Sie führt eine eigene Bank und gilt als konservative, elitäre, mächtige Institution. Gleichzeitig ist sie auch grosszügige Kulturmäzenin.

Wir von der Redaktion des Berner Online-Magazins «Hauptstadt» haben uns im Herbst 2023 in einer aufwändigen Recherche mit der Burgergemeinde auseinandergesetzt. Erschienen ist auf der «Hauptstadt»-Website ein mehrteiliger Schwerpunkt, der die Bedeutung der Burgergemeinde unvoreingenommen und verständlich beleuchtet. Wir freuen uns, unsere Recherchen mit dieser Sonderausgabe unseren Abonnent\*innen und weiteren Interessierten in gedruckter Form zugänglich zu machen. Die Texte wurden, wo nötig, aktualisiert.

Die «Hauptstadt» ist ein 2021 von Journalist\*innen gegründetes Online-Portal für Bern ([www.hauptstadt.be](http://www.hauptstadt.be)). Hinter uns steht kein grosser Verlag oder Konzern. Wir finanzieren uns hauptsächlich über Abonnemente. Wenn dich dieser Schwerpunkt zur Burgergemeinde überzeugt und du noch nicht Abonnent\*in bist, löse ein «Hauptstadt»-Abo (120 Franken/Jahr). Damit leistest du einen wichtigen Beitrag für unabhängigen Journalismus in Bern.

Wir wünschen gute Lektüre.

Die Redaktion der «Hauptstadt»

- 4 Geld und Geist, made in Bern (I)
- 10 Geld und Geist, made in Bern (II)
- 19 «Bei der Burgergemeinde habe ich keine Wählerschaft im Nacken»
- 25 Gute Rendite, wenig Klimaschutz
- 35 Die rot-grüne Burgergemeinde
- 42 Kulturburger
- 46 «Unser grösstes Problem ist der Wald»
- 53 Die Gewerkschaften des Alten Bern
- 58 Einbürgern
- 66 Liebe Burgergemeinde, wir haben Ideen

# Geld und Geist, made in Bern (I)

Geschrieben von Jürg Steiner, fotografiert von Manuel Lopez

Die Burgergemeinde ist in der rot-grünen Stadt Bern unangetastet. Weil sie sich seit ihrer Gründung vor 190 Jahren immer wieder clever in die Stadt integriert. Die Bernburger-Saga, Teil I.

Das Burgerspittel neben dem Hauptbahnhof ist ein offenes Haus. Die Burgergemeinde hat aus dem barocken Prunkbau 2014 ein schweizweit pionierhaftes soziales Projekt gemacht. Sie hat ihn in ein Generationenhaus umgewandelt. In einen «Ort der Begegnung und des gesellschaftlichen Dialogs».

An urbaner Vorzugslage, wo in anderen Städten höchste Renditen erwirtschaftet würden, stellt die Burgergemeinde Bern ein Non-Profit-Haus zur Verfügung. Man kann sich dort ohne Konsumzwang aufhalten, im Sommer werden im lauschigen, öffentlich zugänglichen Innenhof unentgeltliche Konzerte organisiert. Es beherbergt Alterswohnungen und soziale Institutionen, wo sich Alte und Junge, Familien und Einzelgänger\*innen, Migrant\*innen und Einheimische, Angepasste und Aussenseiter\*innen treffen.

Im gleichen progressiven Haus befindet sich der Hauptsitz der Bernburger\*innen, die in der Öffentlichkeit als konservativer Machtfaktor wahrgenommen werden. Hier beraten die diskreten Spitzen der Burgergemeinde Renditeoptionen für ihr milliardenschweres Vermögen. Und hier entscheiden sie, wen und was sie mit den rund 30 Millionen Franken, die sie jedes Jahr vor allem aus ihrem Bodenbesitz erwirtschaften, unterstützen. Macht und Grosszügigkeit. Diskretion und Offenheit. Innovation und Konservatismus. Geld und Geist. Die Gegensätze, die sich im innovativen Generationenhaus verschränken, prägen die Geschichte der Burgergemeinde Bern.

Sie wird hier in zwei Teilen in Kürzestform erzählt. Denn sie zeigt, dass der Einfluss, den die Burgergemeinde bis heute hat, kein Zufall ist. Sondern das Resultat flexibler burgerlicher Strategien mit der Wirkung, in sich wandelnden politischen Umfeldern die eigene Legitimation zu sichern.

Burgergemeinden (auch Ortsgemeinden, Korporationsgemeinden, Borgeoisies oder Patriziati) gibt es in fast allen Kantonen, es sind Hunderte schweizweit. Wenige haben eine dominante Rolle wie die Burgergemeinde Bern. Sie erzielt mit der Bewirtschaftung ihres Vermögens grosse Erträge. So gross, dass sie allein mit deren Verteilung «zum Wohl der Allgemeinheit» eine subtile Form der Einflussnahme auf das Leben in der Stadt Bern ausübt. Ob sie will oder nicht.

Offiziell beginnt die Geschichte der Burgergemeinde Bern gleichzeitig mit der Einwohnergemeinde im Jahr 1833. Verständlich wird sie jedoch nur, wenn man sich vergewissert, was vorher war.

## Der Zusammenbruch des Alten Bern

Bevor Napoleon 1798 in der Schweiz den demokratischen Wandel anstösst, ist das Alte Bern über Jahrhunderte eine Macht in Europa. Bern reicht vom Aargau bis an den Genfersee und ist der grösste Stadtstaat nördlich der Alpen.

Man nennt es Ancien Régime: Stadt und Kanton sind eins, und der extrem schlanke Staat besteht ausschliess-



Naturhistorisches Museum, Burgerspittel, Casino, Überbauung Schwabgut, Wankdorfstadion, Springgarten: Die Stadt der Burgergemeinde.

lich aus der Burgerschaft. Ein erlauchter Kreis von 75 Patrizierfamilien regiert aus dem noblen Machtzentrum der unteren Altstadt das riesige Territorium. Neben den Gnädigen Herren gibt es in der Stadt die einfache Burgerschaft (Handwerker, Beamte, Geistliche), welche die alte Stadtgemeinde bildet, sowie die Hintersassen (Gesellen, Knechte und Tagelöhner).

Wirtschaftlich setzt die Stadtberner Aristokratie auf die Landwirtschaft. Sie baut Reichtum auf, indem sie der Bauernschaft den Zehnten abverlangt, der jedoch im europäischen Vergleich tief ist. Parallel dazu verdient die Herrschaftsschicht an Berner Söldnern in ausländischen Kriegsdiensten sowie an internationalen Geldgeschäften. Zum Beispiel investiert das Alte Bern im 18. Jahrhundert in die britische South Sea Company. Diese importiert aus südamerikanischen Kolonien Nahrungsmittel und Edel-

metall, die unter Einsatz von Sklav\*innen hergestellt oder abgebaut werden.

## Fremdeln mit dem «Krämer-Geist»

Mit der Industrialisierung kommt unternehmerisches Denken auf. Damit fremdeln die Berner Patrizier. Sie erlassen 1747 gar ein Gesetz, das es den herrschenden Geschlechtern verbietet, sich an kaufmännischen oder industriellen Unternehmen zu beteiligen. Als zu riskant beurteilen sie solches Geschäften und blicken auf Unternehmer und Handwerker herab, weil diese dem «Krämer-Geist» frönen.

Als der legendäre Regierungskritiker Samuel Henzi die verweigerte Beteiligung von Unternehmern und Handwerkern an der Macht offen kritisiert, lässt ihn der Schultheiss – das Stadtoberhaupt – 1749 köpfen. Die brutale Geste un-

terstreicht, wie erstarrt und weltfremd Berns Machtelite geworden ist. Napoleons Truppen fegen sie 1798 weg – und nehmen bei dieser Gelegenheit neben dem Berner Staatschatz auch die Bären aus dem Bärengraben nach Paris mit.

### **Genossenschaftlicher Grundgedanke**

In den turbulenten Jahren der Demokratisierung nach Napoleons Einfall entstehen sowohl der Kanton wie die Einwohnergemeinde als staatliche Institutionen. In den Genen der Bürgergemeinde steckt jedoch nicht nur die Vergangenheit der aristokratischen Machtausübung. Sondern auch das Prinzip der mittelalterlichen Allmendgenossenschaft. Also die schon fast sozialistische Idee, mit gemeinsamem Besitz und kollektiver Bewirtschaftung des Bodens die Grundversorgung sicherzustellen.

Anfang des 19. Jahrhunderts stellt sich die grosse Frage, wie man die Burgerschaft, der ja der alte, zerschlagene Staat Bern quasi im Privatbesitz gehört hat, entschädigen soll. Wie man sie in die junge Demokratie integrieren soll. Bern findet den Kompromiss im Dualismus zweier Gemeinden, die nebeneinander bestehen: die territoriale Gemeinde aller Einwohner\*innen und die Bürgergemeinde der Besitzer\*innen der Nutzungsgüter (Boden, Wälder, Liegenschaften).

1833 werden die beiden Gemeinden offiziell gegründet. Bürger\*innen gehören beiden an.

***Auf den ersten Blick sieht es aus, als hätten sich die Bürger 1852 mit staubigen Kartoffeläckern begnügt. Aber ...***

Weil die Einwohnergemeinde mittellos ist, tritt sie der Bürgergemeinde als Bittstellerin entgegen, um zu Geld zu kommen und ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen zu können.

Als Bern 1848 zur Bundesstadt gekürt wird, spitzt sich dieses finanzielle Abhängigkeitsverhältnis zu: Die Stadt muss den Bau des eidgenössischen Regierungsgebäudes – das heutige Bundeshaus West – aus eigenen Mitteln finanzieren. Deshalb einigen sich Einwohner- und Bürgergemeinde 1852 darauf, ihre Besitzverhältnisse in einem Ausscheidungsvertrag zu entflechten.

### **Das lukrative Feldwesen**

Für die prägende Rolle der Bürgergemeinde von heute ist das ein entscheidender Moment: die Aushandlung des Ausscheidungsvertrags. Über ihre Interessenvertretung muss sie sich keine Sorgen machen – auch die Verhandlungsdelegation der Einwohnergemeinde besteht zu dieser Zeit noch mehrheitlich aus Bürgern.

Das Ergebnis knapp zusammengefasst: Die Bürger treten der Einwohnergemeinde Stadtliegenschaften ab. Sie sind im Unterhalt aufwändig. Dafür gestehen sie der Einwohnergemeinde das Privileg zu, zwecks Eigenfinanzierung Steuern zu erheben. Sie selber übernehmen die Waisenhäuser, das Burgerspittel sowie die musealen Sammlungen, namentlich das Naturhistorische Museum.

***... es ist, wie sich schon 30 Jahre später zu zeigen beginnt, wirtschaftlich ein absoluter Glücksgriff.***

Dieses erlangt später dank der aus Afrika importierten Hinterlassenschaft des Grosswildjägers Bernhard von Wattenwyl, einem ausgewanderten Bernburger, internationales Renommée.

Vor allem aber: Die Bürger behalten die noch unüberbauten Stadtfelder ausserhalb der Aareschleife sowie die Wälder in ihrem Exklusivbesitz. Auf den ersten Blick sieht es aus, als hätten sich die Bürger 1852 mit staubigen Kartoffeläckern begnügt. Aber es ist, wie sich schon 30 Jahre später zu zeigen beginnt, wirtschaftlich ein absoluter Glücksgriff. Die Stadt fängt an, explosionsartig zu wachsen, die Äcker – etwa im Kirchenfeld oder im Breitenrain – werden zu lukrativem Bauland.

So spült das «Feldwesen» der Bürgergemeinde bis heute Millionenerträge in die Kasse.

### **Herz für Wohlhabende**

War es Kalkül? Hatten die Bürger diese vorteilhafte Entwicklung bei den Bodenpreisen kommen sehen.

«Dafür habe ich keine Hinweise gefunden», sagt Martin Stuber, Historiker an der Universität Bern, der «Hauptstadt». Er hat sich intensiv mit der Geschichte des bürgerlichen Grundeigentums befasst.

Im Vordergrund sieht er zu diesem Zeitpunkt einerseits die historischen Rechte der alten Stadtgemeinde. Sie wurden bereits in der Dotationsurkunde von 1803 festgehalten und leiten das Grundeigentum der heutigen Bürger-

gemeinde aus der jahrhundertelangen gemeinschaftlichen Nutzung der Stadtfelder und –wälder ab.

Andererseits versuchten die Bernburger laut Stuber ihren Einfluss auf die Stadtentwicklung zu erhalten. Explizit zielten sie darauf ab, die soziale Zusammensetzung der wachsenden Stadtbevölkerung zugunsten der Wohlhabenden zu beeinflussen.

### **Der wilde Bürgersturm**

Bevor sich der Bodenbesitz zu rechnen beginnt, schlittert die Bürgergemeinde in eine schwere Krise. Liberale Köpfe stellen die Existenzberechtigung der exklusiven Institution in Frage – besonders heftig aus dem Inneren der Bürgergemeinde.

Die materiellen und sozialen Bürger-Privilegien seien mit dem demokratischen Staatsverständnis nicht vereinbar, kritisieren interne und externe Oppositionelle. Nie wird die Bürgergemeinde in aller Öffentlichkeit so entschlossen in Frage gestellt wie in der wilden Phase des Bürgersturms. Neuzeitliche Vorstösse linker Politiker\*innen zur Abschaffung der Bürgergemeinde sind dagegen laue Lüftchen.

Die Bürgergemeinde zieht den Kopf aus der Schlinge. Bei der Volksabstimmung über eine neue Kantonsverfassung 1885 stimmt nur – aber immerhin – der Amtsbezirk Bern für ihre Abschaffung. Die kantonsweite Mehrheit lehnt sie deutlich ab.



Wohlfühloase: Das Burgerspital  
am Bahnhofplatz, genutzt als  
Generationenhaus.

Ein erstes Mal erkennen die Berner Bürger, dass sie ihre Strategie anpassen und sich integrieren müssen, wenn sie nicht ständig in Frage gestellt werden wollen.

### Zum «Wohl der Allgemeinheit»

Sie entschliessen sich, die Hürden für die Einbürgerung zu senken, um die Bürgergemeinde gesellschaftlich breiter abzustützen. Und den Vorwurf zu entkräften, sie sei bloss ein Relikt der altbernischen Feudalgesellschaft.

Zudem schafft die Bürgergemeinde 1888 den Bürgernutzen ab: die exklusive Gewinnausschüttung aus dem Bodenbesitz zugunsten der Bürger. Die Erträge kommen fortan der Allgemeinheit zu.

Damit ist Ende des 19. Jahrhunderts das dreibeinige Fundament gelegt, auf das die Bürgergemeinde ihre Legitimation bis heute stützt.

*Erstens:* Die Existenz der Bürgergemeinde ist seit der Abstimmung von 1885 demokratisch abgesichert.

*Zweitens:* Ihre individuellen materiellen Privilegien sind seit 1888 abgeschafft, was so auch in der Kantonsverfassung verankert wird.

*Drittens:* Durch die erleichterte Einbürgerung versteht sie sich explizit nicht als konservativer Interessenverband alter Berner Patriziergeschlechter. Sondern als «Abbild der modernen, vielfältigen Gesellschaft», wie es Christophe von Werdt, Vizepräsident der heutigen Exekutive der Bürgergemeinde, in einem Text formuliert.

In der Tat ist die Bürgergemeinde Bern laut Gemeindegesetz eine Gemeinde wie jede andere auch. Sie legt ihre Rechnung offen, ihre Parlamentsitzungen, die im bürgereigenen Casino stattfinden, sind öffentlich. Ihre Erträge setzt die Bürgergemeinde gemäss Kantonsverfassung «nach Massgabe ihrer Mittel zum Wohl der Allgemeinheit» ein.

Exklusiv an ihr ist aber das: Was das Wohl der Allgemeinheit ist, bestimmt sie ganz alleine.

#### Verwendete Literatur:

*Birgit Stalder, Martin Stuber, Sibylle Meyrat, Arlette Schnyder, Georg Kreis: Von Bernern und Bürgern. Tradition und Neuerfindung einer Bürgergemeinde. Hier und Jetzt. 2015*

*Katrin Rieder: Netzwerke des Konservatismus. Berner Bürgergemeinde und Patriziat im 19. und 20. Jahrhundert. Chronos. 2008.*

*Stefan von Bergen/Jürg Steiner: Wie viel Bern braucht die Schweiz? Stämpfli. 2012.*

*Jürg Steiner: Bern – eine Wohlfühloase? Der Weg zur rot-grünen Hauptstadt. Stämpfli. 2020.*

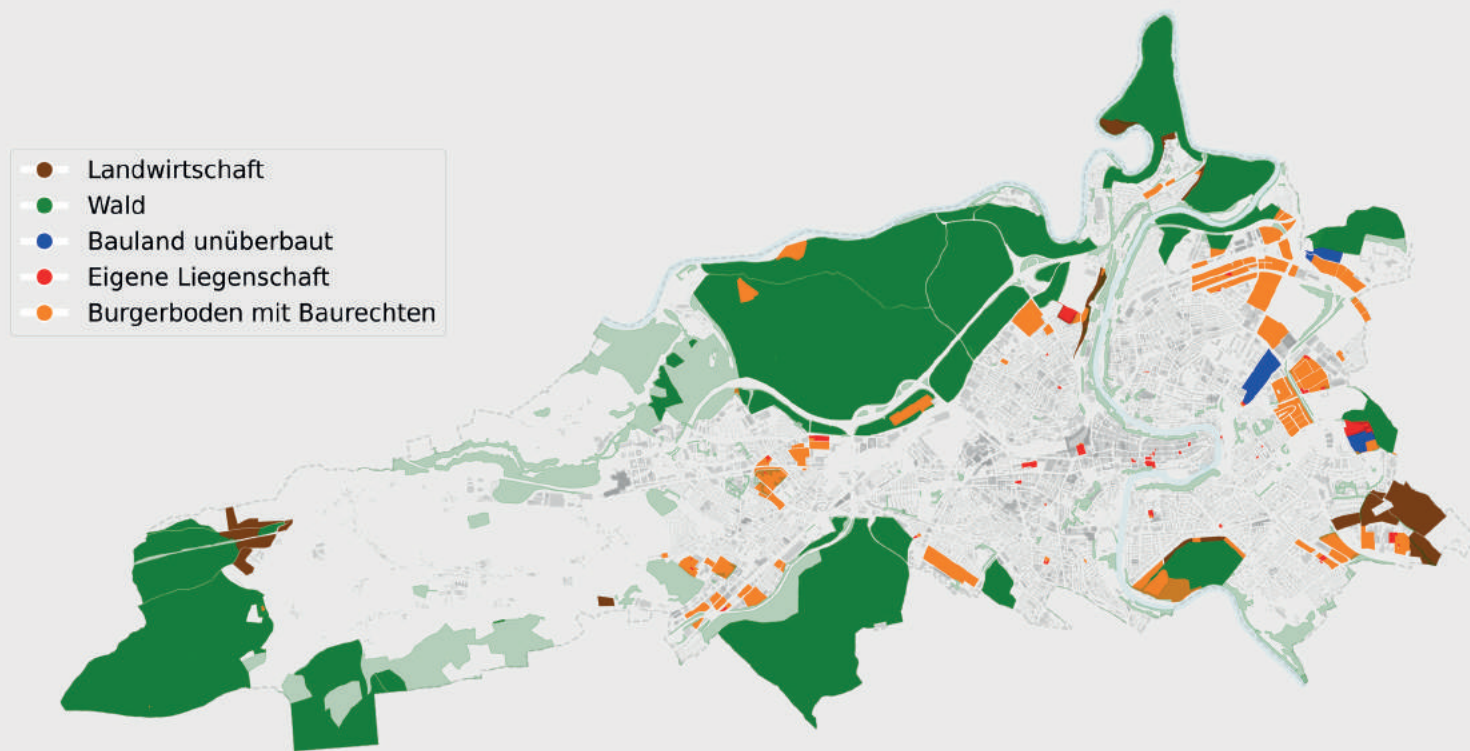
Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be//auftakt](https://hauptstadt.be//auftakt)



# Geld und Geist, made in Bern (II)

Geschrieben von Jürg Steiner, fotografiert von Manuel Lopez, Grafiken von Mathias Born

Die Burgergemeinde ist vermögend und freigebig, weil sie ihren Bodenbesitz weitsichtig bewirtschaftet. Heisst das auch, dass sie die Stadtentwicklung in ihrem Sinn beeinflusst? Die Bernburger-Saga, Teil II.



Aktueller Bodenbesitz der Burgergemeinde in der Stadt Bern: Viel Wald sowie kleinere, aber lukrative Grundstücke.

Kürzlich hat die Stadt Bern die neue 50-Meter-Schwimmhalle im Neufeld in Betrieb genommen. Sie steht auf dem Boden der Burgergemeinde, den diese der Stadt gegen Zins im Baurecht abgibt.

Mit dem BSC Young Boys erlebt Bern regelmässig denkwürdige Fussballspiele im legendären Wankdorfstadion. Das Stadion befindet sich auf dem Boden der Burgergemeinde, den diese den drei Investor\*innen Coop, Suva und Axa Winterthur bis 2081 im Baurecht überlassen hat.

Auf dem Messegelände der Berner Allmend wird derzeit die neue Festhalle gebaut. Sie entsteht auf einem Grundstück der Burgergemeinde. Die Messeveranstalterin Bernexpo, Erbauerin der Festhalle, ist eine der grössten Baurechtsnehmerinnen der Burgergemeinde.

In den nächsten Jahren soll westlich des Freibads Weyermannshaus ein neues Quartier mit 1000 Wohnungen entstehen. Der Boden, auf dem diese Stadtverdichtung stattfinden wird, gehört der Burgergemeinde und der Post.

## Wachstumsgewinnerin

Diese vier Beispiele zeigen: Die Burgergemeinde ist als Bodenbesitzerin eine zentrale Playerin der Berner Stadtentwicklung. Omnipräsent. Doch oft ohne dass die breite Öffentlichkeit ihre Bedeutung wahrnimmt.

Kaum ein grösseres Bauvorhaben, in das die Burgergemeinde nicht involviert ist. Allerdings auch kaum eine Kulturinstitution, eine Kunstproduktion oder eine Buchpublikation, die ohne Unterstützung der Burgergemeinde auskommen.

Das ist die Doppelrolle, die sich die Burgergemeinde in den letzten 150 Jahren auf den Leib geschrieben hat.

Ausgangspunkt der heutigen Schlüsselfunktion der Burgergemeinde für die Stadtentwicklung ist das Jahr 1852, als sie mit der Einwohnergemeinde im Ausscheidungsvertrag den Besitz aufteilt. Die Bürger überlassen der Stadt die meisten zu unterhaltenden Gebäude und das Recht, Steuern zu erheben. Selber behalten sie Wälder sowie Äcker und Felder ausserhalb der Aareschleife in ihrem Exklusivbesitz. Zudem übernehmen sie soziale Aufgaben wie die Waisenhäuser.

Damals konzentriert sich der historische städtische Baukörper zwar noch auf die Aarehalbinsel. Aber schon kurze Zeit später setzt ein starkes Bevölkerungswachstum ein. Die Stadt platzt aus allen Nähten und wächst hinaus auf die burgerlichen Felder. Beundenfeld, Kirchenfeld, Murifeld werden bebaut – der Wert der ehemaligen Kartoffelacker schiesst in ungeahnte Höhen. Und die Bürger-

gemeinde trägt dazu bei, dass diese Entwicklung in für sie günstige Bahnen gelenkt wird.

## Lukrative Bodenrente

Wenn man es ökonomisch ausdrücken will: Die Burgergemeinde schöpft die Bodenrente ab, die ihr die Nutzer\*innen dafür entrichten, dass sie auf Bürger-Grundstücken arbeiten, wohnen oder die Freizeit verbringen.

Darauf basiert das bis heute wichtigste Standbein des burgerlichen Geschäftsmodells: Den lukrativen Grundbesitz so zu bewirtschaften, dass langfristig stabile Erträge anfallen. Diese Gewinne lässt sie gemäss der Kantonsverfassung, der sie als Gemeinde untersteht, «zum Wohl der Allgemeinheit» an die Öffentlichkeit zurückfliessen.

Aktuell besitzt die Burgergemeinde – inklusive Wäldern – gut 30 Prozent des Bodens in der Stadt Bern. Sie ist die grösste Grundbesitzerin. Mit von der Burgergemeinde zur Verfügung gestellten Daten hat die «Hauptstadt» eine Übersichtsgrafik erstellt, die zeigt, wie sich der heutige Bürgerbesitz auf dem Stadtboden verteilt.

Das Bild, das sich ergibt: Quantitativ der grösste Teil des burgerlichen Besitzes in der Stadt ist Wald (grün), rund 26 Prozent des städtischen Bodens. Die bebauten Grundstücke, die der Burgergemeinde gehören (und um die sich dieser Text hauptsächlich dreht), machen vier Prozent des städtischen Bodens aus.

Das ist allerdings nur ein Teil des ursprünglichen Eigentums. Mehrere grosse städtische Grundstücke hatte die Burgergemeinde seit der Mitte 19. Jahrhunderts verkauft.

Den Erlös investierte sie meist in günstigen Boden ausserhalb der Stadt, dem die Baureife und die Wertsteigerung erst bevorstand. Deshalb ist sie auch in Agglomerationsgemeinden ein Faktor für die Entwicklung – so etwa in Köniz (Zentrum Bläuacker), Kehrsatz (Breitenacker), Muri (Multengut) oder Worb (Sunnebode). Wald besitzt die Burgergemeinde Bern beispielsweise auch im Kiental oder in Saanen.

## Doppelrolle im Monopoly

Doch zurück in die Stadt. Die Frage ist: Wie stark nimmt die Burgergemeinde, die weniger als zehn Prozent der Stadtbevölkerung repräsentiert, Einfluss? Und steuert sie die Stadtentwicklung zu ihren Gunsten?

Kritik begegnen die Bürger\*innen meistens so: Ihr ausgedehnter Grundbesitz habe diesen Boden der Spekulation entzogen, weil die Burgergemeinde nicht auf kurzfristige Gewinne aus sei. Das wäre anders gekommen, so die Argu-

mentation weiter, hätte man bei der Güterausscheidung 1852 den Boden an private Investoren verhökert.

Auf dem Bodenmarkt Rendite erwirtschaften, aber gleichzeitig der Allgemeinheit verpflichtet sein: In dieser Doppelrolle bewegt sich die Burgergemeinde seit je auf schmalen Grat. Exemplarisch zeigt sich das beim Bau der Hochbrücken über die Aare im 19. Jahrhundert, dem «Berner Brückenmonopoly», wie es der Historiker und Journalist Stefan von Bergen einmal bezeichnet hat.

Die Burger werfen ihr Gewicht entschlossen in die Waagschale, damit ihnen die von Kanton und Einwohnergemeinde verantworteten Brückenbauten möglichst optimal in die Karten spielen. Die hohen Aareübergänge sind entscheidend dafür, dass die burgerlichen Stadtfelder am anderen Ufer zu einträglichem Bauland werden.

### **Der unverstellte Blick in die Alpen**

Beim Bau von Berns erster Eisenbahnbrücke, die das Wylerfeld mit dem künftigen Hauptbahnhof verbindet, wird das Monopoly zum ersten Mal gespielt. Die finanzschwache Stadt ist auf Investitionsbeihilfe der Burger angewiesen.

Diese sagen zu, verlangen aber von der Stadt, dass man die Bahnbrücke um einen Fahrweg ergänzt. Damit wird der ihnen gehörende, brachliegende Boden in der Lorraine erschlossen und aufgewertet. Finanziell praktiziert die Burgergemeinde saubere Risikominimierung. Sie zahlt den vollen Beitrag erst, als der erste Brückenpfeiler steht.

Die Rechnung geht auf. Die Lorraine erblüht. In die neuen Häuser ziehen jedoch vor allem Arbeiter\*innen ein, was der Burgergemeinde suspekt ist. Beim Bau der Kirchenfeldbrücke (1881) wählen die Burger eine andere Strategie. Sie verkaufen ihren Boden im Kirchenfeld vorgängig an die britische Berne Land Company.

Sie knüpfen den Verkauf an die englische Beteiligungsgesellschaft an die Bedingung, dass die Land Company die Brücke bezahlt und ein mondänes Villenviertel anlegt. Dieses soll betuchtere Bewohner\*innen anziehen – was allerdings nur teilweise gelingt. Zudem legen die Burger fest, dass im Kirchenfeld keine hohen Häuser gebaut werden dürfen. Damit die burgerliche Sicht von der Münsterplattform auf die Alpenkette «unverkümmert bleibt».

### **Deal bei der Kornhausbrücke**

Weit aus dem Fenster lehnen sich die Burger bei der Kornhausbrücke. Für diese gibt es ein weniger teures Alternativprojekt, das vom Waisenhausplatz hinüber in den Altenberg



Stadtentwicklung in Grossformat  
auf Burgerboden: Überbauung  
Schwabgut, Bümpliz.

führt. Dieses hat aber aus Burgersicht den Nachteil, dass ihr Bodenbesitz im Breitenrain nicht erschlossen wird.

Die Bürger überlegen sich einen Schachzug. Sie bieten der Stadt gewinnträchtiges Bauland oben im Breitfeld günstig an, damit diese sich vor der Volksabstimmung für die Kornhausbrücke (und damit für die Bürgerinteressen) stark macht. Der Poker geht auf. Die männlichen Stimmberechtigten segnen den Deal an der Urne ab. Aber auf die Bürgermeinde hagelt es angesichts des Beeinflussungsversuchs in der noch jungen Berner Demokratie Kritik: «Wer befiehlt eigentlich in Bern?»

Martin Stuber, Historiker an der Universität Bern, hat die Geschichte des burgerlichen Grundeigentums in der Langzeitperspektive untersucht. Er hat dabei auch mehrere heftige Konflikte rekonstruiert.

Bestimmender, so Stubers Bilanz, sei die integrative Wirkung der Bürgergemeinde. Sein Fazit: Die burgerliche Bodenpolitik war immer dann erfolgreich, wenn sie ihre

Eigeninteressen nicht absolut setzte, sondern sich um gesellschaftliche und politische Anschlussfähigkeit bemühte.

### Neue Profilierung mit Baurechten

Konform mit den Interessen der Einwohnergemeinde verhält sich die Bürgergemeinde in der Wachstumsphase in Berns Westen ab den 1950er-Jahren. In der anlaufenden Hochkonjunktur wachsen industrielle Hochhaussiedlungen in die Höhe. Die Bürgergemeinde, die in Bümpliz über grossflächigen Bodenbesitz verfügt, ist deshalb ein wichtiger Faktor, der die zu dieser Zeit für die ganze Schweiz innovativen Grossüberbauungen in Bern West ermöglicht.

Die Bürger ändern den Umgang mit ihrem Grundbesitz: Sie verkaufen den lukrativen Boden nicht mehr, sondern geben ihn im Baurecht gegen Zinszahlungen ab.

Mustergültig exerzieren sie das in der Siedlung Schwabgut in Bümpliz durch. Auf burgerlichem Boden entstehen 1000 preisgünstige Wohnungen, die von der ebenfalls in

Bürgerbesitz stehenden Schwabgut AG realisiert werden. Der Historiker Moritz Gutjahr hat den Bau des Schwabguts untersucht. In seiner Arbeit zieht er einen interessanten Schluss: Die neue Praxis der Baurechtsvergabe habe auch die Aussenwahrnehmung der Bürger verbessert. Zwar behält die Bürgergemeinde ihre Machtposition auf dem Bodenmarkt und sichert sich eine kontinuierliche und konstante Rendite. Gleichzeitig profiliert sie sich «durch den Bau von preiswertem Wohnraum als engagierte Wohnraumentwicklerin».

Virtuos hält die Bürgergemeinde ihre Bodenpolitik von öffentlicher Kritik fern, indem sie ihre Leistungen betont. Das gelingt fast immer. Sie trägt zur Rettung des Botanischen Gartens bei. Oder zur Realisierung des Bärenparks.

In den 1990er-Jahren widerfährt ihr allerdings ein spektakulärer Sündenfall. Aus Renditeerwägungen setzt sie den Abbruch der historischen, denkmalgeschützten Kocherhäuser an der Laupenstrasse durch, die sie via den Kocher-Fonds verwaltet. Heute stehen dort Bürohochhäuser, in denen sich unter anderem die Finanzmarktaufsicht befindet.

Die Bürger, die sich auch als Bewahrer der Berner Altstadt gebärden, geraten heftig in die Kritik.

### Bürgerliche Offenheit

«Wie kann eine Institution, die, getragen von altbernischen Familien, sorgsam um die Wahrung bernischer Geschichte bemüht ist, ein historisches Gebäude von nationaler Schutzwürdigkeit zerstören?» Das fragt die Berner Historikerin Katrin Rieder in ihrer fulminanten Doktorarbeit, die sie 2008 als 500-seitiges Buch veröffentlicht. Sie kritisiert die Bürgergemeinde als undurchsichtiges konservatives Netzwerk, das unter dem Deckmantel des Diensts an der Allgemeinheit aristokratische Machtausübung betreibt. Rieder stellt die Existenzberechtigung der Bürgergemeinde in Frage.

Die diskreten Bernbürger gehen in die Offensive und stellen sich der Debatte. Sie beauftragen ein unabhängiges Historiker\*innenteam mit der kritischen Aufarbeitung ihrer Geschichte. Heraus kommt 2015 ein zweibändiger Wälzer, der auch dunkle Kapitel ausleuchtet – etwa die Nazifreundlichkeit einzelner Bürger.

Parallel dazu modernisiert die Bürgergemeinde ihre Öffentlichkeitsarbeit. Einst wurden Journalist\*innen, die kritische Artikel zur Bürgergemeinde verfasst hatten, zu Einzelgesprächen mit der Bürger-Spitze aufgeboten. Inzwischen beantwortet die Bürgergemeinde kritische Anfra-

Bürgerlicher Landbesitz in Bümpliz. (Daten: Bürgergemeinde/Kanton Bern)





gen professionell und bringt sich mitunter auch proaktiv ins Gespräch.

Ab und zu lassen sich die Bürger auf gewagte Projekte ein. Ab 2005 wird die Idee einer Waldstadt im schmalen Streifen des Bremgartenwalds zwischen Länggasse und Autobahn hitzig diskutiert. Die vermeintlich konservative Bürgergemeinde zeigt sich offen für das Experiment, Wald zu roden und Häuser zu bauen. Es wird allerdings 2016 von ihren Initiant\*innen sistiert.

### Kein Problem mit Rot-Grün

Als smart könnte man den Umgang der Bürger mit der rot-grünen politischen Mehrheit bezeichnen, die früher von Berührungängsten geprägt war. Schliesslich gehört es zur DNA kämpferischer Linker, die Abschaffung einer als elitär wahrgenommenen Nachfolge-Organisation der Berner Patrizier zu fordern. Aber anders als etwa die Zürcher Zünfte hat sich die Bürgergemeinde mit ihrer Förderpolitik nach links geöffnet.

Letztmals kommt eine zaghafte Abschaffungsdiskussion bei der Revision der Kantonsverfassung 2009 auf. Dass allfällige Interessenkonflikte zwischen Einwohner- und Bürgergemeinde etwa in stadtplanerischen Fragen – wie etwa beim Konflikt um die Kornhausbrücke – offen debattiert würden, ist fast unvorstellbar geworden. In der linken Stadtregierung sitzen mit Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) und Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) zwei Bürger.

Ein bürgerkritischer Vorstoss war jahrelang im Stadtrat hängig. Die SP-Politiker Halua Pinto de Magalhães und Michael Sutter fordern eine Strategie zur Vereinigung von Bürger- und Einwohnergemeinde sowie Reparationszahlungen für Profite aus der Kolonialzeit. Das Parlament hat den Vorstoss im Dezember 2023 überwiesen. Dass er ausser einer Debatte etwas bewirken wird: eher nicht.

Berner\*innen und Bürger\*innen, sie sind sich sehr nahe.



Das Casino steht symbolisch für Kultur, Kulinarik und Bürgerpolitik. Der Springgarten beim Guisanplatz ist eine Baulandreserve der Bürgergemeinde an bester Lage.

#### Verwendete Literatur:

Birgit Stalder, Martin Stuber, Sibylle Meyrat, Arlette Schnyder, Georg Kreis. *Von Bernern und Bürgern. Tradition und Neuerfindung einer Bürgergemeinde. Hier und Jetzt.* 2015

Katrin Rieder: *Netzwerke des Konservatismus. Berner Bürgergemeinde und Patriziat im 19. und 20. Jahrhundert.* Chronos. 2008.

Stefan von Bergen: *Brückenschläge in die Zukunft. Die Schlüsselrolle der Hochbrücken in Berns Urbanisierung.* In: Christian Lüthi; Bernhard Meier (Hrsg.): *Bern eine Stadt bricht auf.* 1998

Moritz Gutjahr. *Die Überbauung des Schwabguts 1957–1971. Die Bürgergemeinde Bern als Akteurin in der städtischen Wohnraumpolitik.* In: *Berner Zeitschrift für Geschichte BEZG.* 2018

Jürg Steiner: *Bern – eine Wohlfühloase? Der Weg zur rot-grünen Hauptstadt.* Stämpfli Verlag. 2020.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be//burgerbesitz](https://hauptstadt.be//burgerbesitz)





«Ich wage zu bezweifeln, dass die Stadt Bern zum Beispiel ihre grossen Museen ohne die Bürgergemeinde finanzieren könnte.» Barbara Mühlheim sieht in der Bürgergemeinde kein Demokratieproblem.

# «Bei der Bürgergemeinde habe ich keine Wählerschaft im Nacken»

Geschrieben von Jana Schmid, fotografiert von Dres Hubacher

Barbara Mühlheim war dreissig Jahre lang Politikerin. Jetzt sitzt sie in der Exekutive der Bürgergemeinde. Warum gefällt es ihr dort?

Man nannte Barbara Mühlheim ein politisches Urgestein, da war ihr Rücktritt als Grossrätin noch acht Jahre entfernt. Wenn eine die Berner Politik kennt, dann sie.

Sie hatte im Kocherpark bereits Hunderte Heroinsüchtige beatmet, als Bern sie 1992 in den Stadtrat wählte. Zwölf Jahre später erreichte sie die Amtszeitbeschränkung, landete kurz darauf im Grossen Rat und blieb bis 2022. Sie war Sozialdemokratin, dann bei der GFL, dann grünliberal.

Immer war sie auch Bürgerin. Wie schon die Mutter und der Grossvater, ein Berner Metzgermeister, der sich in den 1930er-Jahren einbürgern liess.

Als Mädchen waren es die Erdbeertörtchen am Kinderfest, die Mühlheim das Gefühl gaben, zur Bürgergemeinde dazuzugehören. Als Politikerin waren es die Gesetzesreformen. Sie liess im Grossen Rat bei zwei neuen Gesetzesvorhaben die Interessen der Bürgergemeinde geschickt einfließen.

Heute sitzt sie in deren Exekutive: Per 1. Januar 2023 wurde Barbara Mühlheim in den Kleinen Burgerrat gewählt.

Sie erklärt, wie sich Bürgergemeinde und Politik unterscheiden. Und warum sie das Vermögen der Bürgergemeinde nicht verstaatlichen würde: Eine Innensicht aus der Bürgergemeinde Bern, wo die Wege kürzer sind und die Gelder verfügbar.

## **Barbara Mühlheim, was bedeutet ein Amt als Kleine Burgerrätin?**

Für mich bedeutet es, dass ich mich mit Freude und grossem Interesse für eine Sache einsetze, die mir am Herzen liegt: das soziale Engagement. Ich mache das wie alle ehrenamtlich und wende etwa einen Tag pro Woche dafür auf. Das Milizsystem gehört zur DNA der Bürgergemeinde. Die Menschen engagieren sich neben ihrem eigentlichen Job in ver-

**«Nach dreissig Jahren kann ich endlich mal wieder über die Sache reden.»**

schiedenen Funktionen für die Bürgergemeinde. Vergleichbare politische Ämter üben hingegen meist Vollprofis aus.

#### **Der Kleine Burgerrat ist die «Regierung» der Bürgergemeinde. Warum braucht er 14 Mitglieder?**

Alle Mitglieder präsidieren auch eine Kommission. Bei mir ist das SORA, eine soziale Institution der Bürgergemeinde Bern. Sie ist zuständig für Jugend- und Familienarbeit – nicht nur für Bürger\*innen, sondern für die Allgemeinheit. In der Kommission fällt die meiste Arbeit an. Im Kleinen Burgerrat, der Exekutive, treffen wir uns in der Regel monatlich und diskutieren die Geschäfte der Kommissionen auf strategischer Ebene.

#### **Was interessiert Sie an dieser Position?**

Ich habe dreissig Jahre lang Suchtarbeit gemacht, davor Jugendarbeit. Und daneben Politik. Nun kann ich beides miteinander kombinieren und am Puls der Jugend- und Sozialpolitik arbeiten.

#### **Was ist denn anders an der Arbeit bei der Bürgergemeinde als bei anderen Gemeinden?**

In der Bürgergemeinde Bern kann ich zusammen mit vielen spannenden Menschen innovative Ideen entwickeln – und diese dank vergleichsweise kurzen Entscheidungswegen auch umsetzen. Nicht zuletzt, weil die Bürgergemeinde Bern

dazu die notwendigen Mittel zur Verfügung hat. Gleichzeitig ist die Bürgergemeinde Bern dem kantonalen Gemeindegesetz unterstellt und demokratisch organisiert. Sie wird wie andere Gemeinden von der Regierungsrätin beaufsichtigt. Das Gesetz sieht vor, dass wir uns nach Massgabe unserer Mittel zum Wohl der Allgemeinheit einsetzen. Organisiert sind wir wie andere Gemeinden auch. Das sind wesentliche Punkte, die ich an der Bürgergemeinde so spannend finde.

#### **Weil die Arbeit Ihnen persönlich viel Gestaltungsspielraum lässt?**

Wenn wir bei SORA in einem bestimmten Bereich Handlungsbedarf sehen, dann werden wir aktiv. Jüngstes Beispiel ist das neue «Eltern Walk-in», ein Beratungsangebot für Eltern von Kindern ab 6 Jahren. Für uns gelten dieselben Vorgaben, die auch eine staatliche Institution erfüllen muss. Dieses Beispiel zeigt, dass gute und durchdachte Ideen immer Gehör finden. So können wir uns alle aktiv einbringen und mitgestalten.

#### **Wie wird man Burgerrätin?**

Bei mir war es so, dass ich bereits während mehreren Jahren in der SORA-Kommission mitarbeitete, bevor mich die Bürgergemeinde für ein Engagement im Grossen und später im Kleinen Burgerrat anfragte.

**«Wir Bürger\*innen wissen, dass Geld nicht auf dem Rasen wächst.»**

#### **Auch, weil Sie sich als Politikerin einen Namen gemacht hatten?**

Im Grossen Rat erarbeiteten wir zwei neue Gesetze, die die Interessen der Bürgergemeinde Bern tangierten: das Kinder- und Erwachsenenschutzgesetz und das Kinder- und Förderschutzgesetz. Weil die Bürgergemeinde je eine eigene KESB und Sozialhilfe hat, mussten Finanzierungsfragen geklärt werden. Darum habe ich mich als Grossrätin gekümmert. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt natürlich auch bereits Kontakt mit einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die kamen auf mich zu und sagten: «Ui, da müssen wir etwas machen.» So bin ich reingerutscht. Meine guten Kontakte zum Kanton und meine Mitarbeit in den entsprechenden Kommissionen waren dabei hilfreich.

#### **In der Bürgergemeinde wächst man in ein Amt hinein. Gibt es trotzdem so etwas wie einen Wahlkampf?**

Wie in jeder Gemeinde gibt es Wahlen. Aber tatsächlich ist es eine gezieltere Suche nach den richtigen Leuten in der richtigen Position. Bei der Bürgergemeinde Bern gibt es kein Hickhack zwischen den Parteien. Sie betreibt keine Parteipolitik. Oft hören wir auch, dass Leute, die sich engagieren wollen, genau das schätzen: Dass es um die Sache geht. Sie würden nie in der Politik aktiv sein wollen, aber sie setzen sich gerne für eine sinnstiftende Arbeit ein.

#### **Das schlägt sich auch in den Wahlergebnissen nieder. Kandidat\*innen werden jeweils fast einstimmig gewählt.**

Das stimmt. Das könnte man als Handicap ansehen. Für mich ist es das nicht. Nur eine überschaubare Gruppe von Menschen kann und will das Engagement, das ein solches Amt mit sich bringt, überhaupt leisten. Ausserdem: In der Bürgergemeinde Bern kannst du dich nicht profilieren. Als Grossrätin bist du jemand, du kannst theatralisch sein. Bei der Bürgergemeinde Bern arbeitest du im Stillen.

#### **Die Bürgergemeinde hat immerhin 18'000 Angehörige – die sind kaum alle immer gleicher Meinung. Da gibt es doch in den Räten sicher auch umstrittene Themen und interne Kämpfe?**

Im Grossen Burgerrat, dem Parlament der Bürgergemeinde Bern, wird tatsächlich wenig kontrovers diskutiert. Das ist kein Vergleich zum Grossen Rat, wo «die grosse Schlacht» inszeniert wird. Der entscheidende Unterschied zwischen Parteien- und unseren Strukturen ist: In der Bürgergemeinde können wir mehr sachbezogen diskutieren. Ich finde das wahnsinnig angenehm. Nach dreissig Jahren kann ich endlich mal wieder über die Sache reden. Ich muss mir nicht überlegen, welche Personengruppe ich befriedigen muss, damit ich wiedergewählt werde. In der Politik hast du viel mehr im Nacken, was die Wählerschaft wohl denkt.

### **Was unterscheidet Bürger\*innen denn von anderen Leuten?**

Ich sag's jetzt mal salopp: Wir wissen, dass Geld nicht auf dem Rasen wächst. Eigentum verpflichtet. Das klingt ein bisschen bürgerlich, aber ich denke, dieses Thema ist bei der Bürgergemeinde Bern tief verankert. Wir haben historisch Vermögen anvertraut erhalten, und dazu müssen wir Sorge tragen. Deshalb wissen wir, dass wir nur ausgeben können, was wir auch wieder einnehmen werden. Man darf nicht vergessen: Unser Vermögen, der Boden, ist die Basis für unsere Einnahmen. Damit finanzieren wir unsere Aufgaben. Im Gegensatz zu einer Einwohnergemeinde haben wir ja keine Steuereinnahmen.

### **Haben Bürger\*innen stärker das Gefühl, es handle sich um ihr eigenes Vermögen als Steuerzahler\*innen beim Staat?**

Ich kann da nur für mich persönlich sprechen. Durch meine aktive Rolle in der Bürgergemeinde Bern und in Kenntnis der Geschichte habe ich stets das Gefühl: Es ist «unser» Geld. Als Steuerzahlerin in der Einwohnergemeinde hingegen fehlt mir der unmittelbare Bezug, was mit «meinem» Geld gemacht wird.

### **Was ist Ihre persönliche Beziehung zum Vermögen der Bürgergemeinde?**

Ich habe grossen Respekt davor, dass über mehrere Generationen hinweg sorgfältig gewirtschaftet wurde. Es war immer sehr wichtig, das Vermögen nicht für kurzfristige Interessen auszugeben.

### **Ein exklusiver Kreis ausgewählter Personen bildet eine eigene Gemeinde und verfügt über ein sehr grosses Vermögen. Das ist doch undemokratisch.**

Wir haben den Auftrag, unsere Mittel für die Allgemeinheit einzusetzen, nicht zum privaten Zweck der Bürgerinnen und Bürger. Wie die rund 260 Bürgergemeinden, Zünfte, Korporationen und Gesellschaften im Kanton Bern übrigens auch. Die Bürgergemeinde Bern unterstützt Kultur, Soziales, Natur und Wissenschaft jährlich mit etwa 25 Millionen Franken. Diese Unterstützung kommt allen zugute – nicht nur den Menschen in der Stadt Bern. Wir unterstützen im ganzen Kanton. Es geht nicht um Selbstzweck.

### **Die Bürgergemeinde versteht sich als Ergänzung zur Einwohnergemeinde?**

Ja.



Barbara Mühlheim war langjährige Stadträtin, dann langjährige Grossrätin. Jetzt ist sie Kleine Burgerrätin.

### **Man kann auch sagen, das ist ein Problem. Ein Demokratieproblem.**

Das Nebeneinander von Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde an einem Ort ist eine schweizweite Eigenheit und demokratisch legitimiert. Man kann alles als Problem anschauen. Nur: Die Bürgergemeinde Bern hat zahlreiche Aufgaben übernommen, die der gesamten Bevölkerung dienen und die anderen Gemeinwesen entlasten. Ich wage zu bezweifeln, dass die Stadt Bern zum Beispiel ihre grossen Museen ohne die Bürgergemeinde finanzieren könnte.

### **Aber wäre es nicht fairer, das Vermögen zu verstaatlichen? Dann könnte die Gesamtbevölkerung darüber verfügen.**

Mit grosser Wahrscheinlichkeit würde das Geld bei einer Verschmelzung mit anderen Gemeinwesen rasch ausgegeben: Um neue, kurzfristige Projekte zu finanzieren. Oder einen Lastenausgleich.

### **Sie sähen nur Nachteile in der Auflösung der Bürgergemeinde.**

Nein, darum geht es nicht. Die Bürgergemeinde Bern hat eine andere Perspektive als ein Gemeinwesen mit Steuereinnahmen. Sie gibt das Geld zweckmässig und für die Allgemeinheit im grösseren Sinn aus. Beide Systeme ergänzen sich. Das ist meine These nach dreissig Jahren Erfahrung in der Politik.

### **Wie unterscheidet sich denn die Perspektive der Bürgergemeinde konkret von der Politik?**

Die Politik ist naturgemäss stark auf unmittelbare politische Interessen ausgerichtet. Ich mache Ihnen ein Beispiel: Nehmen wir an, das Geld der Bürgergemeinde Bern würde verstaatlicht. Dann fände die Linke: «Wir brauchen den vollen Teuerungsausgleich für alle, unabhängig davon, was sonst noch läuft.» Und die Rechte würde sagen: «Wir haben so viel Klauerei, wir müssen subito den Sicherheitsapparat hoch-

fahren.» Die Burgergemeinde muss keine unmittelbaren politischen Interessen bedienen, sondern kann in engem Kontakt mit der Einwohnergemeinde und dem Kanton im Sinne der Gesamtbevölkerung etwas bewegen.

**In einer idealen Welt würden wir alle unser öffentliches Vermögen zusammen auf eine sinnvolle Art und Weise verwalten. Sie klingen, als könnte das Gemeinwesen von der Burgergemeinde lernen, wie man mit Geld umgeht?**

Nein, das wäre anmassend. Ich war lange genug Teil des politischen Systems. Ich glaube einfach, dass die Politik, so, wie sie tickt, teilweise langfristiges Denken schwieriger macht. Mit den Vierjahreszyklen. Denken Sie an das ungeschriebene Gesetz: Wer als Regierungsrat ein Spital schliesst, wird nicht wiedergewählt – selbst wenn es das Spital nicht mehr braucht. Das macht es schwierig, auch unliebsame Entscheide zu fällen, die das Stimmvolk vielleicht nicht versteht. Deshalb sind das Gemeinwesen und die Burgergemeinde zwei unterschiedliche Systeme, die sich ergänzen. Man kann – schon rein rechtlich – das eine nicht einfach ins andere überführen.

**Wurden Sie als Politikerin mit der Abschaffung der Burgergemeinde konfrontiert?**

Im Grossrat wurde das nie thematisiert. Auch bei SP und den Grünen bremsen da meist Leute aus den eigenen Reihen. Am häufigsten kommen die Forderungen von den Jungparteien. Ich finde es auch legitim, zu fordern, das Geld der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Meine Erfahrung sagt, dass das nicht sinnvoller wäre. Die Burgergemeinde kann als eigenständige Struktur mehr bieten.

**Sie sagen, die Forderung habe in Bern politisch keine Chance.**

Auf Kantonsebene hat sie es in der neueren Geschichte noch nie bis ins Parlament geschafft. In der Stadt noch eher. Aber die Forderungen sind meistens eher «Einmal-Hypes», von denen man sich dann doch wieder verabschiedet – und zwar auch von linker Seite.

**Im Kleinen Burgerrat sitzen zehn Männer und drei Frauen. Wo steht die Burgergemeinde bei der Gleichstellung?**

Zu Beginn meines Engagements war es sogar nur eine Frau. Das hat mich gestört. Ich habe das auch thematisiert. Den Grund sehe ich im Milizsystem: Ein solches Amt ist sehr auf-

wändig. Solange Frauen neben Erwerbs- einen Grossteil der Care-Arbeit leisten, können sich viele die Zeit für eine solche Tätigkeit einfach nicht nehmen.

**Geht es länger, bis gesellschaftliche Veränderungen wie die Gleichstellung der Geschlechter in der Burgergemeinde ankommen?**

Das kann ich so nicht unterstreichen. Wir können die Dinge reifen lassen. Aber dass es deswegen länger dauert, bis gesellschaftliche Veränderungen bei uns ankommen, würde ich nicht sagen. Wir sind stolz auf unser Milizsystem. Ohne das grosse freiwillige Engagement würde die Burgergemeinde Bern heute nicht funktionieren. Und in den Kommissionen zeigt sich ein anderes Bild: Dort sind viele jüngere Frauen aktiv. Bis sie aber ein Amt im Kleinen Burgerrat übernehmen können, dauert es noch eine Weile. Die Burgergemeinde Bern denkt nicht in Legislaturen, sondern in Generationen.

# Gute Rendite, wenig Klimaschutz

Geschrieben von Joël Widmer, fotografiert von Manuel Lopez

Die Burgergemeinde verteilt jährlich 50 Millionen Franken an die Berner Allgemeinheit. Das kann sie nur, weil sie mit Bodenbesitz und Immobilien Erträge erwirtschaftet. Wie hoch ist der Renditedruck?

«Liegenschaften müssen Geld bringen, damit die Burgergemeinde ihre Aufgaben erfüllen kann», sagt Burgergemeindepräsident Bruno Wild.



Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be//muehlheim](https://hauptstadt.be//muehlheim)



Die Burgergemeinde Bern will sozial, gesellschaftlich und kulturell wirken. Das ist mittlerweile ihre Hauptlegitimation, die auch in der Kantonsverfassung verankert ist. Als öffentlich-rechtliche Gemeinde ist sie der Allgemeinheit verpflichtet. Ihre Aufgabe umschreibt die Burgergemeinde so: «Die Burgergemeinde fördert und wirkt zum Wohl der Menschen in den Lebensbereichen Kultur, Natur, Soziales und Wissenschaft.»

Die dazu nötigen Mittel beschafft sie, indem sie ihr Vermögen von 1,2 Milliarden Franken bewirtschaftet und jährlich einen Ertrag von rund 50 Millionen Franken einspielt. Diesen schüttet sie dann an burgerliche Institutionen sowie kulturelle und gesellschaftliche Organisationen aus.

Dazu hat die Burgergemeinde ihre Organisation gemäss kantonaler Vorgaben zweigeteilt in:

- Ertragbringende Bereiche
- Aufgabenerfüllende Bereiche

Ein Bereich für die Rendite, ein Bereich für die Wohltätigkeit – so ist die Jahresrechnung gegliedert, so ist die Denkweise der Bürger\*innen strukturiert.

Die Wohltätigkeit belief sich im Jahr 2022 auf 48,2 Millionen Franken. So viel gab die Burgergemeinde für ihre aufgabenerfüllenden Bereiche aus:

- 4,8 Millionen Franken gingen in die Verwaltung der Burgergemeinde.
- 32,7 Millionen Franken flossen in die Bereiche Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft, wovon 8,6 Millionen an das Naturhistorische Museum gingen, 11 Millionen an das Casino, 2,5 Millionen an das Historische Museum oder 1,7 Millionen an das Zentrum Historische Bestände der Universität Bern.
- 10,7 Millionen Franken gingen an soziale Institutionen.

Die Burgergemeinde betreibt und fördert so kulturelle, soziale und wissenschaftliche Berner Institutionen. Entweder gehören sie der Burgergemeinde selbst, wie das Generationenhaus, das Burgerspittel, das Naturhistorische Museum oder das soziale Beratungsangebot SORA. Oder es sind Dienste der Burgergemeinde wie der Sozialdienst oder die eigene Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Sehr weit ist das Spektrum der Institutionen oder Projekte, die von der Burgergemeinde mitgetragen oder unterstützt werden. Darunter sind grosse Player wie das Historische Museum oder die Stiftung Bühnen Bern; aber auch kleinere bis sehr kleine wie das Kulturlokal ONO, das Schulmuseum in Köniz oder der Jazz-Konzertveranstalter Zollyphon in Zollikofen. Auch die «Hauptstadt» erhielt



Die Burgergemeinde besitzt Grundstücke im Wert von 672 Millionen Franken sowie Immobilien im Wert von 412 Millionen Franken.

von der Burgergemeinde eine Anschubfinanzierung von 135'000 Franken, verteilt auf drei Jahre.

Die Burgergemeinde dient der Allgemeinheit, indem sie Geld ausgibt.

### Woher kommen die Einnahmen?

Doch wie erwirtschaftet sie diese 50 Millionen pro Jahr? Erfüllt die Burgergemeinde auch auf der ertragbringenden Seite den Anspruch, im Interesse der Allgemeinheit zu handeln? Welche sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Kriterien werden in den ertragbringenden Bereichen der Burgergemeinde angewandt?

Diese Fragen will die «Hauptstadt» beantworten. Sie hat sich dafür in die aktuelle Jahresrechnung, alte Verwaltungsberichte und Abstimmungsunterlagen vertieft und mit Burgergemeindepräsident Bruno Wild gesprochen.

Dieser empfing die «Hauptstadt» zusammen mit seiner Kommunikationschefin im Generationenhaus in einem Raum, der bald eines der aufgabenerfüllenden Projekte beherbergt. Das burgerliche Beratungsangebot SORA wird im

Rahmen eines Pilotprojekts hier ein niederschwelliges «Eltern Walk-In» anbieten für Väter und Mütter, die Probleme mit ihren schulpflichtigen Kindern haben. «Das ist offenbar ein Bedürfnis», sagt Wild.

Um diese und andere Aufgaben zu erfüllen, braucht die Burgergemeinde die Finanzen aus den ertragbringenden Bereichen. «Da wir keine Steuern erheben dürfen, können wir nur über unser Vermögen Einnahmen generieren», sagt Burgergemeindepräsident Bruno Wild.

Das Vermögen der Burgergemeinde beträgt gemäss der Jahresrechnung 2022 rund 1,2 Milliarden Franken. Es setzt sich zusammen aus:

- Grundstücken im Wert von 671 Millionen Franken,
  - Immobilien im Wert von 412 Millionen Franken,
  - Finanzanlagen in der Höhe von 104 Millionen Franken.
- Damit erwirtschaftete die Burgergemeinde im letzten Jahr einen Nettogewinn von 52 Millionen Franken.

Davon kamen 43 Millionen Franken aus Baurechten sowie Miet- und Pachtzinsen. Die Finanzanlagen brachten 8 Millionen Franken ein. Die Gewinnausschüttung der burgerigen DC Bank an die Burgergemeinde trug dazu 0,5

Millionen Franken bei. Aus der Bewirtschaftung des bürgerlichen Waldes resultierte 2023 ein Gewinn von knapp einer Million Franken.

Ein Grossteil dieses Besitzes liegt in der Stadt Bern. Insgesamt gehören 32 Prozent des Bodens der Stadt der Burgergemeinde. Davon sind aber 27 Prozent Wald, 1 Prozent sind Landwirtschaftsflächen. Damit machen bürgerliche Liegenschaften und Baurechte knapp 4 Prozent der Stadtfläche aus. Als grosse Bodenbesitzerin ist die Burgergemeinde seit ihrer offiziellen Gründung 1833 ein wichtiger Faktor für die Stadtentwicklung.

Wie ist die Situation heute? Prägt die Burgergemeinde mit ihren Renditeerwartungen den Wohnungs- und Bodenmarkt in der Stadt Bern? Inwiefern beeinflusst sie damit die Stadtentwicklung?

### «Vernünftige» Mieten

«Als Liegenschaftsbesitzerin sind wir auf dem Platz Bern nicht ein Big Player», sagt Burgergemeindepräsident Bruno Wild. Es sei Unsinn, wenn man sage, die Burgergemeinde dominiere den Wohnungsmarkt. Die Burgergemeinde habe intern auch keine Rendite-Vorgaben. «Wir sind ja kein Immobilienfonds», so Wild. Die Renditen würden pro Einzelobjekt festgelegt. Und die Burgergemeinde habe den Anspruch, nicht preistreibend zu sein.

Auf Anfrage stellt die Domänenverwaltung – so heisst die bürgerliche Liegenschaftsverwaltung – der «Hauptstadt» zur Illustration eine Liste mit durchschnittlichen Netto-Mietzinsen in Wohnungen der Burgergemeinde in verschiedenen Quartieren zu:

- Kleefeld, 4,5 Zimmer, CHF 1151, vermietet seit 2010
- Mattenhof, 4 Zimmer, CHF 1761, vermietet seit 2019
- Wittigkofen, 4,5 Zimmer, CHF 1603, vermietet seit 2019, Sanierung 2020
- Vilette, 4,5 Zimmer, CHF 2384, vermietet seit 2020
- Obstberg, 4 Zimmer, CHF 1843, vermietet seit 2018
- Wankdorf, 4 Zimmer, CHF 1153, vermietet seit 2011

Laut Wild sind das «vernünftige Mieten». Damit gelinge es der Burgergemeinde aber, einen Überschuss zu erwirtschaften, weil man eben auch bei den Investitionen in die Wohnungen «vernünftig Haushalte». Konkret: Die Burgergemeinde saniere moderat und profitiere davon, dass sie Liegenschaften schon lange besitze. «Aber wir können am Mietmarkt natürlich auch nicht «den Pestalozzi» spielen, denn die Liegenschaften müssen Geld bringen, damit die Burgergemeinde ihre Aufgaben erfüllen kann», sagt Wild. Über das gesamte Grundstück- und Immobilienportfolio

### Baurecht

Baurecht ist das Recht, ein Grundstück gegen die Bezahlung eines Zinses für eine bestimmte Dauer zu nutzen und zu bebauen. Baurechte werden meist über Jahrzehnte vergeben.

erwirtschaftete die Burgergemeinde 2022 eine Rendite von 4 Prozent. Zum Vergleich: Immobilienfonds erzielten im letzten Jahr für Anleger\*innen eine durchschnittliche Rendite von rund 3 Prozent. Wobei hier zu beachten ist, dass diese 3 Prozent nach Abzug des Gewinnes des Fonds resultieren.

Laut dem Verwaltungsbericht der Burgergemeinde führt die Domänenverwaltung ein Reporting aller Grundstücke und Liegenschaften zu Leerständen, Renditen und Wertzuwachsen. Doch dieses wollte sie der «Hauptstadt» auf Anfrage nicht zur Verfügung stellen. In früheren Abstimmungsbotschaften zu Umbauprojekten der Burgergemeinde finden sich jedoch einige Zahlen zu Sanierungsprojekten. Dabei finden sich Rendite-Erwartungen von moderaten 2,7 Prozent bei der Sanierung des Zehendermätteli im Jahr 2020 bis zu 11,7 Prozent auf der Investition in eine Geschäftsliegenschaft am Berner Zikadenweg im Jahr 2013.

Ein derzeit geplantes Umbau-Projekt in Muri, das der Grosse Burgerrat am 23. Oktober an seiner öffentlichen Sitzung beschlossen hat, gibt einen kleinen Einblick in die Immobilienbewirtschaftung und zeigt, dass die Burgergemeinde die Mieten nach einer Sanierung auch mal im oberen Bereich der Marktmieten positioniert, allerdings ohne eine hohe Rendite anzustreben.

Von der Gemeinde Muri hat die Burgergemeinde laut dem Vortrag an den Burgerrat an der Worbstrasse zwei Bauernhäuser erworben, die im Zugangsbereich des ebenfalls gekauften Landes auf der Schürmatt liegen. Nun sollen die günstig erworbenen und denkmalgeschützten Häuser für 3,2 Millionen Franken saniert werden. Danach werden vier Wohnungen vermietet. Damit erzielt die Burgergemeinde laut dem Projekt eine Nettorendite von 2,26 Prozent. Im Burgerrat bezeichnete Thomas Aebersold, der Präsident der Feld- und Forstkommission, diese Rendite als «selbst-

verständlich bescheiden». Dennoch sei das Bauprojekt wichtig für die sogenannte Arrondierung der Schürmatt.

Um die «bescheidene» Rendite zu erwirtschaften, wird die Burgergemeinde stattliche Mieten verlangen. Die 3,5-Zimmerwohnungen sollen monatlich zwischen 2300 und 2500 Franken Mietzins einbringen. Zum Vergleich: In einer Studie im Auftrag der Gemeinde Muri aus dem Jahr 2020 wurde die Marktmiete damals in Muri für vergleichbar grosse Wohnungen zwischen 1850 und 2100 Franken taxiert.

Fazit: Dass die Burgergemeinde mit diesen einzelnen hohen Mieten im Markt preistreibend wirken könnte, ist unwahrscheinlich. Dafür ist ihr Liegenschaftsbestand zu klein und zu divers.

### Baurechte bringen die meisten Einnahmen

Deutlich mehr Geld als mit den Mieten verdient die Burgergemeinde mit der Vergabe von Baurechten. Diese bringen über 60 Prozent der Einnahmen der Domänenverwaltung. Bis 2021 verlangten die Bürger\*innen gemäss ihrem Verwaltungsbericht einen fixen Baurechtszinssatz von 4,25 Prozent. Diese Praxis hat die Burgergemeinde geändert: Nun wird die Höhe des Zinssatzes der Lage und Qualität des Grundstücks angepasst.

Hier drängt sich ein Vergleich mit der Einwohnergemeinde auf. Auch die Stadt Bern gibt Grundstücke, die ihr gehören, im Baurecht ab. 2017 verordnete sich die Stadt neue Grundsätze für die Baurechtsabgabe: Bei marktüblichen Baurechten sei der Zins in der Grössenordnung zwischen 3 und 4,5 Prozent anzusetzen. Mit einem Zins von 4,25 Prozent bewegte sich die Burgergemeinde in den letzten Jahren im Vergleich mit der Stadt also eher im oberen Bereich der Spanne.

### Ein wenig Wohnbauförderung

Die Burgergemeinde kann den Wohnungsmarkt nicht nur über Mieten und Baurechtszinse beeinflussen. Sie könnte auch preisgünstigen Wohnungsbau ermöglichen, indem sie gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften spezifisch fördert. Die Bürger haben zwar schon Baurechte an Genossenschaften vergeben. Doch nicht zu einem reduzierten Zins, wie es etwa die Stadt Bern im Viererfeld tut.

Laut Bruno Wild unterhält die Burgergemeinde mit verschiedenen Wohnbaugenossenschaften über 50 ordentliche, nicht speziell vergünstigte Baurechtsverhältnisse. Da der Abschluss vieler dieser Baurechtsverträge lange zu-



2024 will die Bürgergemeinde schuldenfrei sein. Dann ist sie finanzpolitisch wieder das pure Gegenteil zur politischen Gemeinde. Und darauf sind die Bürger\*innen mächtig stolz.

rückliege, seien die Konditionen für diese Genossenschaften inzwischen sehr attraktiv.

Wild verweist auch auf die Siedlung Baumgarten. Mit der Bebauung des Areals im Osten der Stadt wollte die Bürgergemeinde Bern Ende der 90er-Jahre einen aktiven Beitrag zur Entspannung auf dem Immobilienmarkt leisten und das Wohneigentum für mittelständische Familien fördern. Über das gesamte Projekt gesehen habe die Bürgergemeinde Bern rund 12 Millionen Schweizer Franken für die Verbilligung des Wohneigentums aufgewendet.

Auch im Schwabgut in Bümpliz hat die Bürgergemeinde ab den 50er-Jahren preisgünstigen Wohnungsbau er-

möglicht. Doch in den vergangenen Jahren packte die Domänenverwaltung keine solchen Projekte mehr an.

«Genossenschaftlichen Wohnungsbau haben wir in letzter Zeit selber nicht aktiv gefördert», bestätigt Wild. «Das ist nicht unser Hauptfokus, denn die Einnahmen müssen erhalten bleiben.» Die Bürgergemeinde sei da konservativ.

Auch Thomas Aebersold, der Präsident der bürgerlichen Feld- und Forstkommission, stellte sich in einem Interview mit dem «Bund» vor vier Jahren klar gegen den subventionierten Wohnungsbau: «Soll man bedürftige Menschen unterstützen oder billigen Wohnraum schaf-

fen? Ich bin klar für Ersteres.» Aebersold begründet in dem Interview die Praxis, bürgerliche Wohnungen zum Marktpreis zu vermieten: «Ohne entsprechenden Beschluss der bürgerlichen Behörden dürfen wir nicht Wohnungen unter dem Marktpreis vermieten, das wäre Korruption.»

### **Schlüsselrolle für Stadtentwicklung**

Dennoch werden die Bürger\*innen künftig mehr Baurechte an Genossenschaften vergeben. Grund sind die neuen Regeln der Stadt, wonach bei Ein- oder Aufzonungen ein Drittel des Landes vergünstigt abgegeben werden muss, um kostengünstigen Wohnraum zu ermöglichen. Daran ist bei der Vergabe von Baurechten auch die Bürgergemeinde gebunden. «Vielleicht vergeben wir dann an gewissen Orten auch zusätzliches Land zu einem vergünstigten Zins», stellt Wild in Aussicht. Die Domänenverwaltung gehe bei den Zinsen nicht ans Limit, aber sie müsse Geld verdienen. Allerdings: «Wir sind keine Geldanhäufungsmaschine.» Alles werde wieder ausgegeben, für die Allgemeinheit. Dabei gelte das Motto: «Wir können nicht zweimal sozial sein.»

Dieses Beispiel zeigt: Ihre Rendite-Interessen kann die Bürgergemeinde nur innerhalb des Rahmens realisieren, den die Stadt steckt. Grosse Bauprojekte bedingen meist Zonenplanänderungen oder Überbauungsordnungen, für die städtische Volksabstimmungen nötig sind. Auf diesem Weg wird die Bürgergemeinde bei der Inwertsetzung ihrer Grundstücke demokratisch kontrolliert. Mit anderen Worten: Auch in der Gegenwart gilt, was der Historiker Martin Stuber für die Langzeitperspektive festhält. Die bürgerliche Bodenpolitik ist dann erfolgreich, wenn sie die Anschlussfähigkeit an die politischen Institutionen und gesellschaftlichen Strömungen sucht und ihren Renditeanspruch nicht darüber setzt.

### **Noch gibt es keine bürgerliche Solaranlage**

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen gehört die Klimakrise. Immerhin verursachen Gebäude in der Schweiz rund 26 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Eine Nachhaltigkeitsstrategie im Gebäudebereich würde also der Allgemeinheit dienen. Welchen Stellenwert räumt die Bürgergemeinde dieser Thematik ein?

Im aktuellen Verwaltungsbericht wird der Begriff Klimawandel bei den Aktivitäten der Bürgerbibliothek, des Naturhistorischen Museums und der Waldbewirtschaftung erwähnt. Nicht aber bei der Liegenschaftsverwaltung. Einzig im Abschnitt zur Energiestrategie in der Domänenverwaltung finden sich ein paar Sätze zur Nachhaltigkeit.





Man dürfe den Einfluss der Bürgergemeinde nicht überschätzen, findet Bruno Wild:  
«Als Liegenschaftsbesitzerin sind wir auf dem Platz Bern nicht ein Big Player.»

Da erfährt man, dass die Domänenverwaltung den Verbrauch an Energie fürs Heizen in Mietliegenschaften 2020/2021 erst zum zweiten Mal erfasst hat. Laut dieser Erhebung beträgt der Anteil erneuerbarer Energien 30 Prozent (wobei die Fernwärme nur zu 50 Prozent als erneuerbar gerechnet wurde). Die Erarbeitung einer Energiestrategie wurde im Jahr 2019 initiiert, davor war sie in den Verwaltungsberichten kein Thema.

Gemäss neuestem Verwaltungsbericht hat die Domänenverwaltung nun das Potenzial für Photovoltaikanlagen auf ihren Liegenschaften erfasst. Das Resultat: Auf burgerlichen Liegenschaften könnten jährlich 6,3 Gigawattstunden Solarenergie produziert werden. Damit könnten rund 2'000 Haushalte versorgt werden. Die dazu notwendigen Investitionen betragen rund 10 Millionen Franken.

«Wir sind offen, auf erneuerbare Energien umzustellen», sagt Bürgergemeindepräsident Wild. Aber auch hier müsse die Wirtschaftlichkeit beachtet werden. Man wolle keine Werte vernichten. «Wenn eine Heizung noch zehn oder mehr Jahre läuft, wird sie nicht einfach aus Prinzip

ersetzt – das wäre auch nicht umweltschonend.» Die Bürgergemeinde hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 den Anteil der Versorgung mit erneuerbaren Energien in ihren Liegenschaften auf 40 Prozent zu erhöhen.

Aktuell betreibt die Bürgergemeinde Bern keine Solaranlagen. Sie arbeitet laut Wild aber an zwei Vorprojekten für den Bau einer Anlage auf einer Wohnüberbauung

### Schwarze Null in Casino und Burgerspittel

Die burgerlichen Betriebe Burgerspittel und Casino sind in der Organisation den aufgabenerfüllenden Bereichen zugeschrieben. Sie sollen aber nicht Geld verbrennen, sondern werden laut Wild nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt und sollen jeweils Ende Jahr eine schwarze Null erreichen. Das Burgerspittel erreichte im vergangenen Jahr ein Betriebsergebnis von 0,5 Millionen Franken. Das Casino hingegen hat ein Betriebsergebnis von minus 2 Millionen Franken verzeichnet.

in Kehrsatz und auf einer Schul- und Büroliegenschaft in Bern. Ausserdem prüfe man die Realisierung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von zwei grossen Verwaltungliegenschaften.

Die Steigerung der erneuerbaren Energien auf 40 Prozent bis 2030 ist kein ambitioniertes Ziel. Und die Solarprojekte der Bürger\*innen sind noch nicht weit gediehen. Dazu sagt Wild, die Bürgergemeinde sei dezentral organisiert. Die Feld- und Forstkommission werde bald Vorschläge zum Solarpotenzial in den burgerpolitischen Prozess geben. Es gebe auch innerhalb der Bürgergemeinde Leute, die auf mehr Klimamassnahmen drängen würden. Die Bürgergemeinde stehe aber bei den erneuerbaren Energien im Immobilienportfolio nicht schlechter als die Stadt oder der Kanton da.

«Wir sind nicht an Symbolpolitik interessiert, nur weil man überall schreit, es müsse sein», sagt Wild. Eine 10-Millionen-Investition für Solaranlagen müsse im ganzen System der Bürgergemeinde Sinn machen. «Wir lassen wegen der Solarinitiative also nicht alles andere einfach stehen und liegen.» Zudem müsse die Bürgergemeinde dem Klimawandel in erster Linie beim Wald begegnen. Als grosse Waldbesitzerin stehe sie hier vor grossen Herausforderungen. Die grosse Verantwortung sei spürbar.

### Institution fast ohne Schulden

Der eher konservative Kurs, der sich bei Klimamassnahmen ausdrückt, war jedoch über die Jahrzehnte ein Erfolgsfaktor der Bürgergemeinde. Das zeigt sich exemplarisch in der langfristigen Finanzstrategie, auf welche die Bürger\*innen stolz sind.

Ziel der Bürgergemeinde ist es, schuldenfrei zu arbeiten. Alle Investitionen will sie aus dem laufenden Betrieb oder geäufteten Spezialfonds finanzieren. Dazu plant sie laut Wild mit einem jährlich freien Cashflow von rund 20 Millionen Franken.

In den vergangenen Jahren musste die Bürgergemeinde jedoch von der Maxime «keine Schulden» abweichen. Grund dafür waren drei grosse Sanierungsprojekte: Das Projekt «Alterspolitik» mit dem Burgerspittel im Viererfeld und dem Generationenhaus; die Bürgerbibliothek und das Casino. Insgesamt ein Investitionsvolumen von über 200 Millionen Franken. Das konnte selbst die Bürgergemeinde nicht alleine stemmen und hat 50 Millionen Franken Schulden aufgenommen.

Doch das ist ein Klacks im Vergleich zum Schuldenberg von 1,325 Milliarden Franken der Stadt Bern. Und bei den

Bürger\*innen sind die Schulden schon bald amortisiert. «Spätestens Ende 2024 werden wir unsere sogenannte Normalsituation wieder erreichen und schuldenfrei sein», sagt Wild. Dann ist die Bürgergemeinde finanzpolitisch wieder das pure Gegenteil zur politischen Gemeinde. Und darauf sind die Bürger\*innen mächtig stolz.

Wobei: Ganz schuldenfrei wird die Bürgergemeinde künftig nicht sein. Sie will laut Wild im Rahmen ihrer langfristigen Finanzstrategie bei der Sanierung von Renditeliegenschaften für diese Objekte bei Bedarf Hypotheken aufnehmen. Die Bürgergemeinde modernisiert sich also im Finanzbereich ein wenig.

Im Auge bleibt dabei die «vernünftige Rendite», damit die 50 Millionen Franken auch in kommenden Jahren an die Berner Allgemeinheit verteilt werden können. Damit die Bürgergemeinde zum Beispiel das Naturhistorische Museum oder das Generationenhaus als Publikumsmagnete weiterentwickeln kann. Und damit sie gemäss ihren eigenen Prinzipien zum «Wohl der Menschen» wirken kann.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be/!//burgerfinanzen](https://hauptstadt.be/!//burgerfinanzen)



Jetzt  
**Abo**  
lösen

# Ich lese unabhängig

**HAUPTSTADT.be**  
Neuer Berner Journalismus



## Die rot-grüne Bürgergemeinde

Geschrieben von Jana Schmid, Jürg Steiner, Recherche von Lea Sidler und Andrea von Däniken,  
fotografiert von Manuel Lopez und Daniel Bürgin

Ein statistischer Überblick über die Bürger\*innen in der Berner Politik zeigt: Sie sind mehrheitlich in linken Parteien. Wo bekleiden Bürger\*innen sonst noch einflussreiche Positionen?

Wie gross ist der Einfluss der Bürgergemeinde in der Politik? Welchen Parteien gehören Bürgerpolitiker\*innen an? Und welche einflussreichen Positionen bekleiden Bürger\*innen sonst noch?

Die «Hauptstadt» hat alle Berner Politiker\*innen auf den Ebenen Stadt, Kanton und Bund auf ihre Angehörigkeit zur Berner Bürgergemeinde hin überprüft. Und so sieht das politische Netzwerk der Bürgergemeinde aus:

### Eine Stadtregierung in Bürgerhand

Zu den Berner Politiker\*innen wurden insgesamt 279 Personen aus den folgenden Legislativ- und Exekutiv-Gremien gezählt:

- Berner Stadtrat (80 Mitglieder)
- Berner Gemeinderat (5 Mitglieder)
- Grosser Rat (160 Mitglieder)
- Regierungsrat (7 Mitglieder)
- National- und Ständerat (26 Berner Mitglieder)
- Bundesrat (1 Berner Mitglied)

Aktuell sind darunter 15 Angehörige der Bürgergemeinde. Das ist ein Anteil von etwa fünf Prozent.

Es sind:

- Im Stadtrat: Laura Binz (SP), Thomas Hofstetter (FDP) und Bettina Stüssi (SP)
- Im Gemeinderat: Alec von Graffenried (GFL, Stadtpräsident), Michael Aebersold (SP)
- Im Grossen Rat: Nicola von Greyerz (SP), Hervé Gullotti (SP), Philip Kohli (Mitte), Stephan Lack (FDP, daneben Gemeindepräsident von Muri), Maxime Ochsenbein (SVP), Anna de Quervain (Grüne), Moussia von Wattenwyl (Grüne), Manuel C. Widmer (Grüne)
- Im National- und Ständerat: Lorenz Hess (Mitte, daneben Gemeindepräsident von Stettlen), Nadine Masshardt (SP)

Es gibt auf dieser Liste einen Doppel-Parlamentarier: Thomas Hofstetter sitzt sowohl im Stadtrat als auch im Grossen Burgerrat, dem Parlament der Bürgergemeinde.

Am prägendsten ist die Bürgergemeinde nach dieser Auswertung in der Berner Stadtregierung: Der Gemeinderat hat fünf Mitglieder, zwei davon sind Bürger, wovon einer Stadtpräsident Alec von Graffenried ist.

Dass Bürger\*innen Teil des Gemeinderats sind, ist allerdings nicht die Regel: Der letzte Bürger vor Aebersold

und von Graffenried war Stephan Hügli (FDP). Er holte seinen Sitz 2006 in einer Ersatzwahl, verlor ihn aber zwei Jahre später wieder.

Mit Alec von Graffenried wurde 2017 zum ersten Mal seit 1937 ein Bernburger Stadtpräsident.

### Patriziergeschlecht von Graffenried

Die von Graffenried sind laut dem Historischen Lexikon der Schweiz ein «heute noch blühendes, ehemals patrizisches» sowie «eines der führenden und zahlenmässig grössten Geschlechter Berns». Es teilt sich in mehrere Zweige, weshalb nicht alle von Graffenried direkt miteinander verwandt sind. Im Alten Bern stellten die von Graffenried vier Schultheisse, wie die Stadtoberhäupter damals hiessen.

Bis heute existiert die sogenannte Familienkiste von Graffenried, ein Verein zur Förderung des Familienzusammenhalts und Unterstützung sich in finanzieller Not befindlicher Angehöriger. Die Kiste dokumentiert die Familiengeschichte und hält die Familiendevise fest: «Tue Recht, scheue niemanden.»

Alec von Graffenried ging in jungen Jahren auf Distanz zu seiner burgerlichen Herkunft und liess vorübergehend das «von» in seinem Namen weg, wie er mehrfach öffentlich festhielt. Er betonte auch, dass seine burgerliche Prägung nicht sehr stark gewesen sei, weder finanziell noch gesellschaftlich. Sein Vater, der Burger war, starb, als Alec von Graffenried erst 9-jährig war.

### Politische Interventionen der Bürgergemeinde: Einzelfall Baldachin

Zu politischen Fragen bezieht die Bürgermeinde eigentlich nie öffentlich Position. Doch es gab eine Ausnahme, in der auch Alec von Graffenried unfreiwillig eine Rolle spielte.

2005 trat die Bürgergemeinde gegen den Bau der Baldachin-Glasüberdachung des Bahnhofplatzes an. Vor der Volksabstimmung hing ein kämpferisches Plakat gegen den «städtebaulichen Unsinn» an der Fassade des Burger-spittels. Zudem warben die Bürger\*innen mit einem Versand an alle Stimmberechtigten für ein Nein.

Sie sahen mit dem Glasdach und der neuen Verkehrsführung ihr Eigentum – das heutige Generationenhaus – beeinträchtigt.

Das Volk stimmte dem Baldachin jedoch mit grosser Mehrheit zu. Trotzdem gab es danach denkmalschützerischen Einspruch gegen das Baugesuch für das Glasdach. Und ausgerechnet der damalige Regierungsstatthalter Alec von Graffenried verweigerte dem demokratisch bewillig-

ten Projekt die Baubewilligung. Das sorgte für heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit. Der Vorwurf: Burger von Graffenried beugt den Willen des Soveräns im Sinn der Bürgergemeinde!

Schliesslich hob der Kanton den Entscheid des Regierungsstatthalters auf. 2006 wurde der Baldachin gebaut.

### Aebersold & Aebersold

Seltenheitswert hat auch die Position des zweiten Burgers in der Stadtregierung: Gemeinderat Michael Aebersold (SP).

Als er 2016 in den Gemeinderat gewählt wurde, legte er alle ehrenamtlichen Engagements für die Bürgergemeinde ab. Er wurde Finanzdirektor und ist damit auch für die städtische Boden- und Liegenschaftspolitik zuständig.

Sein älterer Bruder, der Rechtsanwalt Thomas Aebersold, ist unter anderem Präsident der Migros Aare. Daneben sitzt er ehrenamtlich im Kleinen Burgerrat sowie der Forst- und Feldkommission der Bürgergemeinde vor. Also derjenigen Kommission, die für die burgerliche Bodenpolitik besorgt ist. Die Bürgergemeinde ist die grösste Bodenbesitzerin der Stadt Bern. Bürgerlicher Filz?

In einem Doppelinterview mit dem «Bund» betonten die Gebrüder Aebersold 2019, dass ihre persönliche Macht klein sei. Sie seien sowohl bei der Einwohner- wie bei der Bürgergemeinde politischer Kontrolle unterworfen und könnten nicht einfach Deals einfädeln.

### Einige Doppelrollen

In allen Parlamenten auf der Ebene Stadt, Kanton und Bund ist die Bürgergemeinde mit einigen Angehörigen vertreten. Hier fällt auf, dass auch Gemeinden in der Umgebung von Bern von Bürger\*innen regiert werden: So ist etwa Grossrat Stephan Lack (FDP) gleichzeitig Gemeindepräsident von Muri. Und Mitte-Nationalrat Lorenz Hess ist nicht nur Verwaltungsratspräsident der Krankenkasse Visana, sondern auch langjähriger Gemeindepräsident von Stettlen. Das kommunale Amt gibt er allerdings Ende Jahr ab.

Die «Hauptstadt» hat ausser der Stadt Bern allerdings keine weiteren Gemeinden systematisch auf Bürgerpolitiker\*innen hin überprüft.

Im Regierungsrat und im Bundesrat sitzen aktuell keine Bürger\*innen.

### Bürgerliche Wahlempfehlung

Es ist Usus der Bürgergemeinde, vor Wahlen in einem Schreiben an alle in Bern wohnhaften Bürger\*innen die-



Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) ist einer von 15 Berner Politiker\*innen, die der Bürgergemeinde angehören.

jenigen Kandidat\*innen zu empfehlen, die der Bürgergemeinde angehören. Natürlich geschah das auch im Vorfeld der nationalen Wahlen vom 22. Oktober 2023.

«Für die Bürgergemeinde Bern ist es wichtig, im nationalen Parlament Bürgerinnen und Bürger zu wissen», stand im Brief, der der «Hauptstadt» vorliegt. Das Parlament behandle für die Bürgergemeinde relevante Themen wie das Heimat- und Bürgerrecht oder die Wald- und Bodenpolitik. «Es ist demnach wünschenswert, dass im nationalen Parlament Bürgerinnen und Bürger vertreten sind, die die Bürgergemeinden kennen und aus dieser Sicht die Auswirkungen der Gesetzgebung einschätzen können.»

Unter den Kandidat\*innen fanden sich neben den Wiedergewählten Lorenz Hess und Nadine Masshardt weitere prominente Namen: Etwa SP-Mann und Ex-Moderator Ueli Schmeizer, der grosse Chancen auf einen Nationalratsitz

### Das «Bürgerbuch»

Es ist einfach herauszufinden, wer Teil der Bürgergemeinde Bern ist: Mit dem «Bürgerbuch» besteht ein öffentlich zugängliches Verzeichnis aller Bürger\*innen. Die erste Auflage erschien 1848, seither wird es etwa alle fünf Jahre aktualisiert. Die neueste Ausgabe, wie immer herausgegeben vom Stämpfli Verlag, ist von 2020. Das Verzeichnis führt die jetzt lebenden burgerlichen Familien alphabetisch auf. Im fast tausendseitigen Werk sind die Namen der Bürger\*innen mit Zusatzinformationen wie Jahrgang, Beruf, Herkunftsort und Zunft versehen. Zu lesen ist auch, wer sich wann verheiratet – genannt «copuliert» – und geschieden hat. Eine Garantie für Vollständigkeit bietet das Buch aber nicht: Vermerkte Personen können auch die Löschung ihrer Daten verlangen.



Michael Aebbersold ist für die städtische Bodenpolitik zuständig; sein Bruder Thomas für die burgerliche.

hatte und nun auf dem ersten Ersatzplatz ist. Falls Matthias Aebischer im kommenden November als Nachfolger des abtretenden Michael Aebbersold in den Gemeinderat gewählt wird, könnte Schmezer nachrücken.

Zu den Politiker\*innen, die gleichzeitig Bürger\*innen sind, gehört auch Tobias Fehner, Präsident der kantonalen Jungfreisinnigen. Oder die grüne Grossrätin Anna de Quervain, der Mitte-Grossrat und ehemalige Stadtratspräsident Philip Kohli sowie seine Mutter Vania Kohli, auch sie ehemalige Grossrätin und ehemalige Stadtratspräsidentin.

### Entgegen dem Klischee: Links statt bürgerlich

Die amtierenden Bürgerpolitiker\*innen gehören folgenden Parteien an:



Damit zeigt sich: Eine Mehrheit der aktuellen Bürgerpolitiker\*innen gehört zum linken Lager. Am besten vertreten ist die SP mit sechs Vertreter\*innen. Hinzu kommen drei Grüne und ein Mitglied der Grünen Freien Liste (GFL), womit zehn der fünfzehn Politiker\*innen linken Parteien angehören.

Die Mitte und die FDP sind mit je zwei Personen vertreten, der Grossrat Maxime Ochsenbein ist der einzige Bürgerpolitiker aus der SVP.

Die Situation in der Berner Politik widerspricht dem vorherrschenden Bild der Bürgergemeinde als bürgerlich-konservative Vereinigung. Eine interessante Doppelrolle spielt die SP: Sie ist die Partei mit den meisten Bürger-Politiker\*innen.

Zugleich überwies der Stadtrat kurz vor Weihnachten 2023 einen burgerkritischen Vorstoss von Halua Pinto de Magalhães und Michael Sutter (beide SP). Die Stadtregierung soll nun eine Strategie entwerfen für die Vereinigung von Einwohner- und Bürgergemeinde, obschon das nur mit

einer Änderung der Kantonsverfassung möglich wäre. Interessant: Obschon in der Politik aktive Bürger\*innen mehrheitlich rot-grün sind, stimmte die Linke für den Vorstoss, Mitte und Bürgerliche dagegen.

### Männer in Überzahl

Von den 15 Bürgerpolitiker\*innen sind zehn Männer und fünf Frauen.

In Parlament und Regierung der Bürgergemeinde selbst sitzen bedeutend mehr Männer als Frauen: Im Grossen Burgerrat sind es dreissig Männer und elf Frauen, im Kleinen Burgerrat zehn Männer und drei Frauen.

Von den 279 Berner Politiker\*innen sind rund 45 Prozent Frauen. Der Anteil ist damit um einiges höher als in den Gremien der Bürgergemeinde.

### Verbindungen in die Wirtschaft: Von Berner Zeitung bis Handelsverein

Logischerweise bekleiden Bürger\*innen nicht nur politische Ämter, sondern mitunter auch einflussreiche Positionen in der Wirtschaft.

Die Überfigur des Unternehmers mit Patriziergeschlecht war der 2012 verstorbene Anwalt Charles von Grafenried. Er baute aus dem kleinen Notariat seines Vaters die heutige Von Graffenried Gruppe auf, eine der grössten Immobilienverwalterinnen im Grossraum Bern. Sie führt auch eine eigene Bank und bietet Treuhanddienstleistungen und Rechtsberatungen an.

Von Graffenried war zwar ein bernbürgerlich diskreter, aber auch unkonventioneller und gewinnorientierter Unternehmer, der nicht viel von äusserlicher Etikette hielt. Er trat notfalls auch mal mit einer notdürftig geflickten Brille auf. Und er mischte Bern als Zeitungsverleger auf.

1979 gründete er die «Berner Zeitung», die er auf Wachstum trimmte. Er installierte den ambitionierten Recherche-Journalisten Urs P. Gasche als Chefredaktor. Dieser steuerte während drei Jahren einen Linkskurs, der das bürgerliche Bern inklusive Bürgergemeinde aufwühlte, ehe ihn von Graffenried auf Druck von aussen abberief.

Charles von Graffenried steuerte den Verlag bis 2007, dann verkaufte er ihn mit den Zeitungen «Bund» und «Berner Zeitung» an Tamedia. Wegen seiner Profitorientierung wurde er in der Berner Öffentlichkeit oft kritisiert, auch als Burger, obschon er in der Bürgergemeinde keine Funktion hatte. An der Fasnacht erhielt von Graffenried das Prädikat «Shark von Raffgier». Als er einst in der Reitschule ein Theaterstück einer seiner Töchter anschaute, drückten



Stephan Lack (FDP) ist als bürgerlicher Bürgerpolitiker in der Unterzahl.

ihm Punks eine Rahmtorte ins Gesicht. Es beeindruckte ihn nicht sonderlich.

Eine moderne, unverkrampfte Interpretation der Verbindung von Unternehmertum, ehrenamtlichem bürgerlichem Engagement und öffentlicher Rolle praktiziert aktuell Giorgio Albisetti.

Er ist Leiter Immobilien, Family Office und Kompetenzzentrum Stiftungen bei der Von Graffenried Gruppe. Zudem präsidiert er die Sektion Bern des Handels- und Industrievereins (HIV), der neuerdings in Verkehrsfragen konstruktiv politisiert und mit dem Verkehrsclub der Schweiz (VCS) kooperiert.

Als Bürger sitzt Giorgio Albisetti der Gesellschaft zu Pfistern vor, der grössten der 13 Berner Zünfte, deren Angehörige automatisch Bürger\*innen sind. Zugleich sitzt er im Grossen Burgerrat, dem bürgerlichen Parlament. Sozial engagiert sich Giorgio Albisetti beim Haus der Religionen sowie als Präsident der Stiftung Rossfeld, dem Führungsgremium des Schulungs- und Wohnheims für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be//burgerpolitik](https://hauptstadt.be//burgerpolitik)



# Kulturburger

Geschrieben von Marina Bolzli, fotografiert von Danielle Liniger

Wie sähe die Berner Kulturlandschaft ohne die grosszügige Förderung der Bürgergemeinde aus? Und warum knausert sie ausgerechnet beim Casino, das ihr selber gehört?

Ein experimentelles Jazz-Album? Ein Konzert der Musikgesellschaft? Eine Lesung in der Gemeindebibliothek?

Wer ein Kulturprojekt plant und dafür Geld braucht, kann sich bei der Bürgergemeinde gute Chancen ausrechnen. Den grössten Teil der Gesuche beantworten die Bürger\*innen positiv. Eine Quote zu nennen ist schwierig, weil es sie nicht gibt. Über den Daumen gepeilt werden aber circa vier von fünf Gesuchen bewilligt.

Für einmalige Beiträge hat die Bürgergemeinde jährlich 3,2 Millionen Franken zur Verfügung. Wobei streng genommen nur 1,4 Millionen davon für Kultur gedacht sind und der Rest in Kategorien wie «Umwelt und Sport» oder «Lebensraum Stadt Bern» fliesst. Viele unterstützte Projekte lassen sich nicht richtig einordnen. Und darauf ist die Bürgergemeinde stolz. Sie pflegt keinen engen Kulturbegriff und unterstützt auch Anliegen, die zum gesellschaftlichen Zusammenleben beitragen.

Zu den 3,2 Millionen Franken an frei zu vergebenden Geldern kommen weitere 4,6 Millionen, die mit Leistungsverträgen wiederkehrend ausbezahlt werden, zum Beispiel an Bühnen Bern oder die Stiftung Camerata.

Insgesamt gibt die Bürgergemeinde ungefähr 25 Millionen Franken für ihr Engagement in Kultur und Gesellschaft aus. Darin enthalten sind auch Beiträge an eigene Institutionen wie beispielsweise das Naturhistorische Museum, das Berner Generationenhaus, die Bürgerbibliothek oder den Forstbetrieb (zum Beispiel für die Bereitstellung von Waldplätzen für Kitas oder die Instandstellung von Spazierwe-

gen). Ein Direktvergleich mit der Kulturförderung der Stadt Bern ist also schwierig. Dort werden 33 Millionen Franken pro Jahr für Kultur im engeren Sinne ausgegeben.

Nur für eine kulturelle Leistung reicht das Geld der Bürgergemeinde ab 2024 nicht mehr: Für die 2019 eingeführte, von der Bürgergemeinde selbst betriebene Kultur im sanierten Casino. Doch dazu später.

## Unterstützung für viele

Die Bürgergemeinde fördert nicht nur in Bern, sondern im ganzen Kanton. Und sie unterstützt auch Laienproduktionen. Oder wie Franziska Burkhardt, Leiterin der städtischen Kulturabteilung, sagt: «Ohne Bürgergemeinde gäbe es weniger Angebote, weil manches schlicht nicht gefördert würde.» Auch Patrizia Crivelli, Leiterin derselben Stelle bei der Bürgergemeinde, ist sich bewusst: «Ohne Bürgergemeinde würde Kultur anders aussehen und viele kleine Sachen könnten allenfalls nicht stattfinden.»

«Eine Lesung in Fraubrunnen – wer würde diesen Anlass schon unterstützen, ausser der Bürgergemeinde?» Es ist das Lieblingsbeispiel von Daniel Wirz. Wirz ist Bürger, Mitglied des Kleinen Burgerrats und Präsident der bürgerlichen Kommission Engagements in Kultur und Gesellschaft und der Kulturkommission.

Daniel Wirz befindet mit seiner Kommission über die kulturellen Gesuche. In diesem Jahr waren es rekordmässig viele, nahezu 900. Es ist fast nicht vorstellbar, wie eine Laienkommission eine solche Flut handhaben kann. Noch



Kritik willkommen: Plakat am Eingang zu den Büros der Burgergemeinde im Generationenhaus.

wurden nicht alle Gesuche behandelt, Absagen gab es bisher für 127 Eingaben.

Die Gesuche umfassen alles, von besagter Lesung in Fraubrunnen über ein Theaterstück im Tojo in der Reitschule bis zum Werkbeitrag für ein neues Album. Wichtig dabei: das Giesskannenprinzip. «Wir sind weniger die, die einfach Nein sagen», präzisiert Wirz, «wir sagen bei vielem Ja, aber differenzieren stark beim Betrag.»

Mit anderen Worten: Auch wenn die Chance gross ist, dass ein Projekt unterstützt wird, bekommt es in den meisten Fällen nicht so viel Geld wie angefragt.

Ein\*e unterstützte\*r Gesuchsteller\*in erhält durchschnittlich 2500 bis 3000 Franken. Auch bei anderen Förderstellen wie Kanton und Stadt werden zwar so kleine Beiträge gesprochen, aber dort machen die grösseren Unterstützungen auch den grösseren Teil aus: Keine Giess-

kanne, sondern ein gezieltes Bewässern einzelner Töpfe. Was aber auch zu mehr Absagen führt.

### Gunst von vielen

Die von der Burgergemeinde gesprochenen Beiträge sind klein, können aber durchaus etwas ausmachen. So sagt etwa der Berner Rapper Tommy Vercetti alias Simon Küffer: «Am Ende des Tages läuft es darauf hinaus, dieses Geld zu haben oder nicht. Und 3000 Franken sind viel für mich, fast ein Monatslohn. Darum sind sie ein wichtiger Beitrag.»

Fast jede\*r Berner Kulturschaffende, der oder die es probiert hat, wurde also schon einmal von der Burgergemeinde unterstützt.

«Die Burgergemeinde würde immer auf die Gunst breiter Bevölkerungskreise angewiesen sein», heisst es in Katrin Rieders umstrittenen Wälzer «Netzwerke des Kon-

servatismus. Berner Burgergemeinde und Patriziat im 19. und 20. Jahrhundert» (2008) zur Kulturförderung. «Doch auch mit der kontinuierlichen Vergabe von kleinen Beiträgen an Organisationen oder an einzelne Anlässe bauten sie einen breiten Kreis von AdressatInnen auf, die ihrer Wohltäterin durch diese Grosszügigkeit bindend verpflichtet blieben.»

Stimmt das? Macht die Burgergemeinde Kulturschaffende quasi handzahn, indem sie auch die kritischen unter ihnen mit wiederkehrenden kleinen Beiträgen ruhig stellt? Die städtische Kulturleiterin Franziska Burkhardt sieht keinen Anlass für diesen Verdacht. «Im Kulturbereich handelt die Burgergemeinde meiner Meinung nach nicht berechnend, sondern aus Überzeugung», sagt sie.

Auch Simon Küffer fühlt sich nicht eingeschränkt durch die Unterstützung der Burgergemeinde. «Einerseits sind die Leute in der Kommission offen und beurteilen Gesuche aufgrund der Qualität», vermutet er. Und fährt dann mit einer interessanten Argumentation fort: Bei der Beziehung zwischen kritischen Kulturschaffenden und Burgergemeinde handle es sich auch um eine «Symbiose». «Die Burgergemeinde kauft sich mit der Förderung von kritischen Künstler\*innen den Ruf ein, offen zu sein.» In der heutigen Zeit sei Kritik ja nicht ein Problem, sondern willkommen, weil sie das Selbstbild verstärke, offen, selbstkritisch und bereit zur Reflexion zu sein.

### Der Fall Kultur im Casino

Kritisch muss die Burgergemeinde allerdings ihre Strategie im Casino hinterfragen. Das Casino ist eine Institution, die der Burgergemeinde gehört. Zwischen 2015 und 2019 wurde es aufwändig für insgesamt 78 Millionen Franken saniert. Mit der Neueröffnung im Herbst 2019 wollte die Burgergemeinde erstmals alles «aus einer Hand» bieten: Gastronomie, Events, Kultur.

Sie wollte nicht mehr nur die Räume an externe Veranstalter wie Bühnen Bern und das Berner Symphonieorchester (BSO) vermieten, sondern eigene Veranstaltungen produzieren. Aus dem Casinotheater Winterthur holte sie dazu den dort erfolgreichen Kulturleiter Nik Leuenberger, der in Bern Grosses vorhatte. Weg von der Klassik, hin zu Unterhaltungsformaten wie der gediegenen Vorweihnachts-Dinershow «Jingle Bern» oder «Übers Chrüz», ein Crossover von Pop und Klassik mit Stars wie Sophie Hunger und Lo & Leduc.

Doch damit ist Schluss. Seit Anfang 2024 macht das Casino Bern keine eigenen Kulturproduktionen mehr. Nik

Leuenberger hat das Haus per Ende 2023 verlassen. Der Grund? Dazu sagte Bürgergemeindepräsident Bruno Wild im Grossen Burgerrat vom 19. Juni 2023, als der Entscheid begründet wurde: «Wir müssen uns vorhalten lassen: Wir haben die Komplexität unterschätzt, einen solchen Umbau zu stemmen und gleichzeitig das Konzept umzustellen und eigene Kultur zu machen.»

Mit anderen Worten: Die Bürgergemeinde ist mit der Idee, selbst Kultur zu veranstalten, gescheitert. Sie hatte grosse Ambitionen – und hat die nach nur vier Jahren wieder begraben. Und sie hat – ganz in bekannter Bürgermanier – nicht lange gefackelt, als sich abzeichnete, dass das Casino in absehbarer Zeit keine schwarze Null erreichen würde.

Möglich gewesen wäre eine ausgeglichene Rechnung, wenn der Gastrobetrieb den Kulturbetrieb quersubventioniert hätte. Doch da waren auch noch die Corona-Jahre, da war der unrühmliche Abgang des ehemaligen Casino-Direktors. Das Casino sei etwa 2 bis 3 Millionen Franken im Rückstand gegenüber dem budgetierten Plan, sagte Wild am Rande jener Sitzung.

Möglich gewesen wäre es aber auch, wenn die Bürgergemeinde von ihrer eigenen Institution nicht erwartet hätte, was sie sonst eigentlich von keinem Kulturplayer erwartet: Selbsttragend zu sein. Denn welche Kulturinstitution ist schon selbsttragend?

### Der Lernprozess der Bürgergemeinde

«Wir waren nicht strenger oder grosszügiger zu ihnen als zu anderen Kulturveranstaltern», sagt Kommissionspräsident Daniel Wirz. Ein Hindernis für die Veranstaltungen im Casino sei aber gewesen, dass es schwierig war, für sie Geld bei anderen Förderstellen wie zum Beispiel beim Kanton oder der Stadt anzufragen. Denn wer will schon einer bürgereigenen Institution Geld geben, wenn doch hinlänglich bekannt ist, dass es die Bürger\*innen sind, die das Geld haben?

Wirz selber bezeichnet die Entwicklung nicht als Scheitern. «Es ist ein Lernprozess», sagt er. Die Bürgergemeinde habe gelernt, dass in erster Linie wichtig sei, dass Kultur stattfindet. Und etwas weniger wichtig, von wem sie veranstaltet werde. «Wir wollten eine Bereicherung sein und nicht anderen Institutionen die Veranstaltungen wegnehmen», fügt Wirz noch an.

In Zukunft wird die Bürgergemeinde im Casino wieder wie vor dem Umbau voll darauf setzen, ihre Räume für Kulturveranstaltungen zu vermieten und Gastronomie zu

betreiben. Veranstalten wird sie trotzdem noch: im Naturhistorischen Museum (das der Bürgergemeinde allein gehört) oder dem Generationenhaus (ebenfalls in Bürgerbesitz). Was die beiden vom Casino unterscheidet: «Sie haben ein Betriebsbudget und sind nicht am Markt», sagt Wirz. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zum Casino müssen sie nicht selbsttragend sein.

Darum bleibt die Erkenntnis: Die Bürgergemeinde ist zwar die grosse Förderin und Ermöglicherin für kleinere und grössere kulturelle Projekte in Bern. Da darf es sehr gerne auch unkonventionell und abenteuerlich sein. Sehr geduldig ist sie aber nicht. Sobald sich abzeichnet, dass trotz mehrjährigem finanziellem Engagement keine Aussicht auf schwarze Zahlen besteht, zieht sie auch mal den Stecker. Sogar wenn es sich dabei um ein eigenes Projekt handelt.

# «Unser grösstes Problem ist der Wald»

Geschrieben von Nicolai Morawitz, fotografiert von Manuel Lopez

Die Bürgergemeinde besitzt praktisch alle Stadtberner Wälder. Sie sollen der Erholung dienen, der Klimaerwärmung trotzen, der Biodiversität nützen. Aber keine Defizite verursachen. Ein Spagat, der immer schwieriger wird.

Philipp Egloff steuert den VW-Bus durch den Bremgartenwald zu einem Standort, an dem vor drei Jahren gleich mehrere Stürme auf einer grossen Fläche Fichten entwurzelt haben. Die Fichte, erklärt der Co-Leiter des bürgerlichen Forstbetriebs, sei eine Baumart, die wichtig für die Holzwirtschaft sei, aber schlecht mit den sich verändernden klimatischen Verhältnissen klarkomme.

Drei Jahre nach den Stürmen stehen junge Traubeneichen auf dem Feld. Die gepflanzte Baumart ist robuster und in ganz Europa verbreitet. Kunststoffhüllen schützen ihren Stamm vor Wildtieren. An den Rändern des Felds stehen auch Vogelbeeren – vereinzelt sind grosse Lärchen zu sehen, die alles andere überragen.

Egloff ist seit Anfang des Jahres Co-Leiter des Forstbetriebs der Bürgergemeinde Bern. Dort war er zuvor bereits Geschäftsleitungsmitglied und amtierte beim Verband Berner Waldbesitzer als Geschäftsführer. Was Egloff und sein Team tun und entscheiden, hat Gewicht. Die Bürgergemeinde Bern ist eine der grössten Waldbesitzerinnen der Schweiz. In den Wäldern von Stadt und Agglomeration geht praktisch nichts ohne die Bürgergemeinde.

Beim Spaziergang im Dählhölzliwald, auf dem Mountainbike-Trail im Bremgartenwald, auf dem Familienausflug auf den Gurten, bei der Naturspielgruppe im Königbergwald: All das spielt sich auf dem Boden der Bür-

gergemeinde ab. Im Wald steht man quasi auf Schritt und Tritt mit der Bürgergemeinde in Kontakt. Insgesamt bewirtschaftet sie rund 3670 Hektar Wald, was der Fläche von mehr als 5000 Fussballfeldern entspricht. Der grösste Teil davon ist im erweiterten Stadtgebiet. Zum Vergleich: Der Staatsforst des Kantons Bern bewirtschaftet 12'700 Hektar Wald. Weitere 400 Hektar Wald bewirtschaftet die Bürgergemeinde für Dritte – zum Beispiel für die Stadt Bern.

### «Der Wald gehört zur DNA der Bürgergemeinde»

«Der Wald gehört zur DNA der Bürgergemeinde», sagt Philipp Egloff. Knapper kann man wohl nicht auf den Punkt bringen, was der Wald den Bernburger\*innen bedeutet. Und was die Bernburger\*innen für den Wald bedeuten. Fast alles.

Als es 1852 in der Stadt Bern zur Güterausscheidung kam, behielt die Bürgergemeinde die Wälder. Sie waren wertvoll, weil die Menschen auf Holz angewiesen waren. Das hat sich geändert: «Der Wald ist unser grösstes Problem», sagte Bürgergemeindepräsident Bruno Wild am «Hauptsachen»-Talk Anfang November 2023 im Kulturzentrum Progr. Weil sich widersprechende Interessen aufeinanderprallen.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be/l/kulturburger](https://hauptstadt.be/l/kulturburger)





Erholung, Holzwirtschaft, Biodiversität – nicht nur im Bremgartenwald kämpft die Bürgergemeinde mit Nutzungskonflikten.

Der Wald ist für einen Grossteil der Bevölkerung ein Ort der Erholung und des Wohlbefindens, seit der Corona-Pandemie verstärkt. Zugleich hat Holz als lokaler und nachwachsender Rohstoff an Bedeutung gewonnen. Doch weil der Klimawandel im Alpenraum schneller voranschreitet als anderswo, stehen auch die (bürgerlichen) Wälder unter heftigem Anpassungsdruck.

Wälder in diesem Spannungsfeld rentabel zu bewirtschaften, ohne die Akzeptanz zu verlieren, ist für die Bürgergemeinde schwieriger geworden.

Die Interessenkonflikte spitzen sich zu, die Notwendigkeit, sich als Waldbesitzerin gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren, wächst. Auch deshalb versucht die Bürgergemeinde verstärkt Einfluss darauf zu nehmen, wie über den Wald gesprochen wird: Seit Juli 2023 gibt es eine eigene Kommunikationsstelle nur für Waldangelegenheiten. Zudem werden über einen WhatsApp-Kanal Wald-News geteilt, auf Sozialen Medien verbreiten die Bürger Bilder von Forstführungen und auf Tafeln mit QR-Codes sollen die Funktionen des Waldes und die Arbeit der Forstarbeiter\*innen besser erklärt werden.

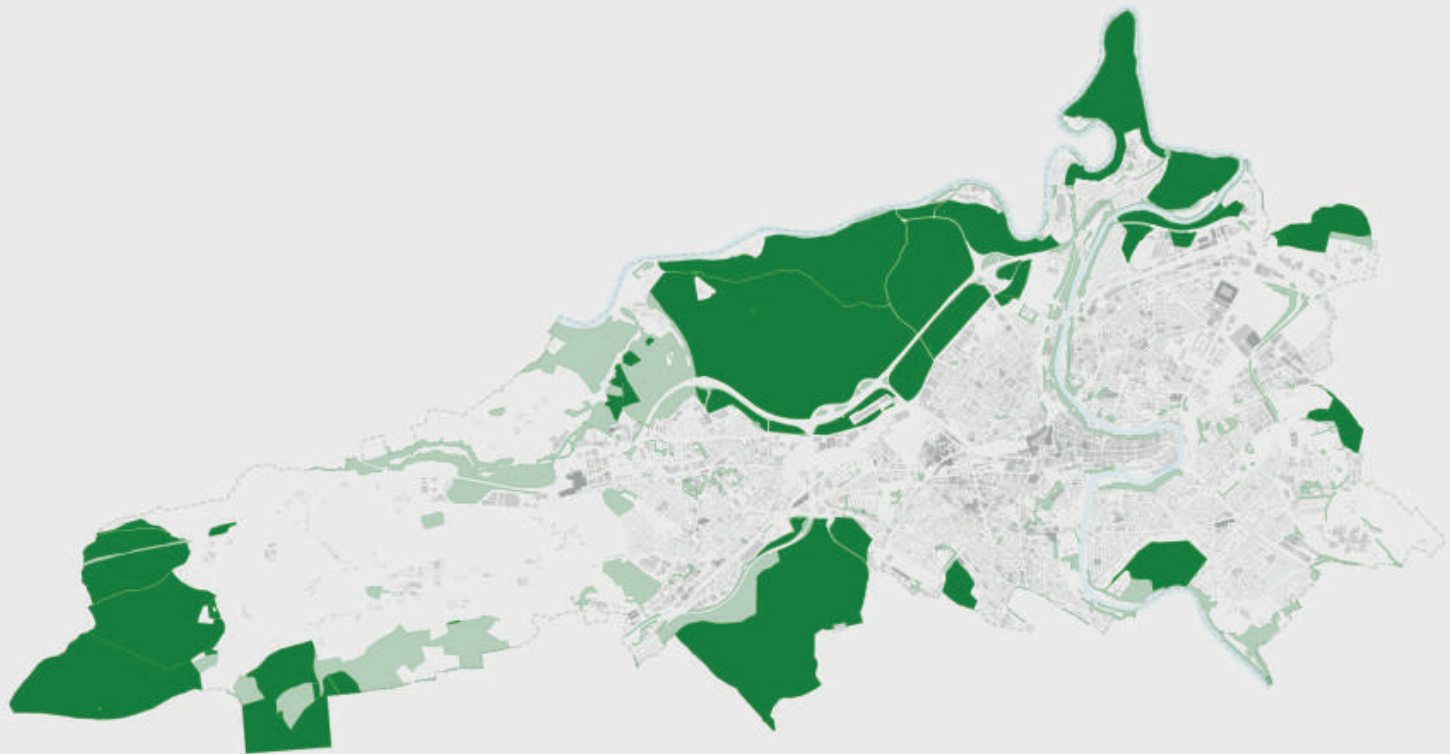
### **Bürgerwälder: Von der Goldgrube zur Problemzone**

Längst nicht immer mussten die Bernburger sich so intensiv um ihre «DNA» kümmern. Der Wald war einst eine finanzielle Goldgrube – und auch ein Ort gesellschaftlicher Differenzierung.

Die älteste in Bern erlassene forstliche Verfügung stammt aus dem Jahr 1304 und betrifft den Bremgartenwald. Holz aus den Wäldern war in dieser Zeit und den Jahrhunderten darauf ein unentbehrlicher Rohstoff. Die Holzordnung von 1668 habe erstmals das Ziel formuliert, die Stadtwälder auch für die nachkommenden Generationen zu erhalten, sagt der Historiker Martin Stuber von der Universität Bern. Das Brennholz wurde damals pro Haushalt und Jahr beschränkt. Es galten aber nicht für alle die gleichen Bestimmungen:

Einem höher gestellten Bürger wie zum Beispiel einem Schultheiss standen jährlich zwölf buchige und sechs tannige Klafter zu. Ein gewöhnlicher bürgerlicher Haushalt erhielt nur zwei solche Klafter. Die restliche Bevölkerung – rund drei Viertel – musste sich mit minderwertigem «Abholz» zufriedengeben. Trotzdem überstieg der städtische Verbrauch weiterhin die Holzproduktion, so dass zusätzlich über die Aare grosse Mengen Holz aus dem Oberland geliefert werden mussten.





Das ist der aktuelle Bodenbesitz der Burgergemeinde in der Stadt Bern: Viel Wald sowie kleinere, aber lukrative Grundstücke.

Im Ausscheidungsvertrag mit der Einwohnergemeinde von 1852 wurden sämtliche Stadtwälder der Burgergemeinde zugesprochen. Man begründete dies historisch mit den Rechten der alten BURGERSCHAFT, ihren jährlichen Brennholzbedarf aus den Wäldern zu decken.

### «Verschönerungsverein» im Bremgartenwald

Etwas später hob die Burgergemeinde ihre exklusiven Nutzungsrechte, das sogenannte «Burgerholz», nach öffentlichem Druck auf. Der Historiker Stuber sagt in diesem Zusammenhang: «Während es vorher darum ging, die burgerlichen Haushalte mit Holz zu versorgen, ist die Forstwirtschaft anschliessend zu einem Geschäftszweig ausgebaut worden».

Der Verkauf des Holzes war für die Burgergemeinde damals lukrativ: Die Holzverkäufe waren bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts die wichtigste Einnahmequelle der Bürger. Erst als im Rohöl-Zeitalter Holz als Brenn- und Baustoff an Bedeutung verlor, änderte sich dies langsam.

Als die Erträge merklich zurückgingen, trimmten die Bürger ihre Wälder auf Effizienz. Die Belegschaft schrumpfte, moderne Geräte wurden angeschafft. Immer mehr Aufgaben erledigten Dienstleister. Ein Konzept, das sich bis heute zu bewähren scheint. Externe Kosten übersteigen seit 2012 sogar die internen Lohnkosten des Forstbetriebs.

Als der moderne Industriekapitalismus Einzug hielt, entdeckten Berner\*innen den Wald als Erholungsort. Zunächst verteilte das Forstamt noch Bewilligungskarten an «Spaziergänger und vertrauenswürdige Holzleser». Ende

des 19. Jahrhunderts war damit aber Schluss und die Bevölkerung durfte sich relativ frei in den Wäldern bewegen. Die Ausstattung des Erholungswaldes überliess der Forstbetrieb allerdings einem «Verschönerungsverein», der Wegweiser setzte, Ruhebänke errichtete oder Anlagen wie beim Glasbrunnen im Bremgartenwald erstellte.

### Der Wald als Klimalabor

Seit damals haben sich die Herausforderungen im Wald vervielfacht. Die burgerlichen Wälder stehen unter Stress: Gleich mehrere Hitzesommer hintereinander seit 2018, Borkenkäferbefall, heftige Stürme: Der Klimawandel hat die burgerlichen Wälder voll erfasst.

Die Expert\*innen im Forstbetrieb gehen davon aus, dass die Bäume bis Ende des Jahrhunderts mit deutlich trockeneren und heisseren Temperaturen zurecht kommen müssen – in einem Artikel der Burgergemeinde ist gar von einem «Hauch Toskana in unseren Wäldern» die Rede. Egal ob Toskana oder doch nur Ligurien: Schon heute steht fest, dass die Temperaturen in der Schweiz seit der industriellen Revolution deutlich stärker angestiegen sind als im globalen Durchschnitt.

Philipp Egloff steht in der neuaufgeforsteten Lichtung im Bremgartenwald und erklärt, wie die Burgergemeinde ihre Wälder «klimafit» machen will: «Wir wollen klimataugliche Baumarten pflanzen und fördern.» Der Anteil an Neuanpflanzungen mache aber nur etwa zehn Prozent aus. Der Rest sei sogenannte «Naturverjüngung». Das bedeute, dass neue Bäume durch herabfallende Samen der eigenen Art entstehen.

### Die Frage der Wirtschaftlichkeit

Naturverjüngung sei auch aus wirtschaftlicher Perspektive sinnvoll, so Egloff. Der Co-Forstleiter rechnet vor: Jeder neue Baum koste die Burgergemeinde durchschnittlich 15 Franken. Selbst bei einer kleinen Anpflanzung von 500 Bäumen kommt so eine Investition von 7500 Franken zusammen. Erst nach 20 bis 30 Jahren können die Bäume für die Holzwirtschaft genutzt werden und werfen Ertrag ab – davor machten sie nur Arbeit in der Pflege.

Ein Blick in die Bücher zeigt, dass sich der burgerliche Forstbetrieb ein Polster erwirtschaftet, um solche Anpflanzungen finanziell stemmen zu können. Im vergangenen Jahr sprang ein Gewinn von 970'000 Franken heraus – auch begünstigt durch steigende Holzpreise. Die Gewinne fliessen in die Forstreserve: Dort schlummern rund 21 Millionen Franken, wie aus der letzten Jahresrechnung her-

vorgeht. Die Reserve wird zum Beispiel für grössere Schäden nach Stürmen genutzt – spült über Zinserträge aber auch regelmässig Geld in die Forstkassen.

Der Forstbetrieb gibt zwar an, keine Renditevorgaben zu haben. Insgesamt müsse der Betrieb aber «selbsttragend» sein, sagt Egloff. Das heisst wiederum, dass die Holzerlöse die Kosten für Waldpflege und -erneuerung decken müssen. Das geschieht zum Beispiel über den Verkauf von Bauholz.

### Kaskade von Zielkonflikten

Allerdings stecken in diesem Ertragsmodell mehrere Zielkonflikte. Zum Beispiel im Erholungsbereich: Der Forstbetrieb fällt Bäume, wenn sie Spazierwege oder Waldsofas der Kitas gefährden. Ökologisch wäre es aber sinnvoll, absterbende Bäume stehen zu lassen, damit Insekten und Vögel in ihnen leben können. Alternativ errichtet der Forstbetrieb dafür sogenannte Totholz-Haufen, die ihrem Namen nicht gerecht werden, weil in ihnen sehr viel Leben steckt: Käfer- und Bienen sind dort anzutreffen.

Ein weitere Zielkonflikt zeigt sich bei der nicht bewirtschafteten Waldfläche, die laut Burgergemeinde derzeit bei rund 8 Prozent oder 300 Hektar liegt – ein Teil davon sind Reservate. Damit bewege sich der Betrieb sogar über dem vom Bund angestrebten Mindestmass. Bewusst nicht bewirtschaftete Flächen fallen für die Holzwirtschaft weg, was zu einem Konflikt beim Ertrag führt.

Der burgerliche Forstbetrieb ruft dabei in Erinnerung, dass die Schweiz die Hälfte ihres Holzbedarfs importieren muss, was lange Transportwege zur Folge hat, die klimaschädlich sind. Deshalb sei es umso wichtiger, Holz aus heimischen Wäldern zu nutzen.

### Krise der einheimischen Bäume

Langfristig funktioniert dieses Ertragsmodell allerdings nur, wenn der burgerliche Wald rechtzeitig an den Klimawandel angepasst wird. Philipp Egloff sagt es klar: «Immer mehr einheimische Arten fallen weg: Esche und Buchen haben Schwierigkeiten.»

Mithilfe von sogenannten Testpflanzungen ist der Forstbetrieb deshalb zusammen mit der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL daran herauszufinden, welche Baumarten sich besonders für die neuen Bedingungen eignen.

Bei den neuen Anpflanzungen wolle man möglichst «divers» sein, sagt der 35-jährige Egloff. Seit 2020 wurden in burgerlichen Wäldern Weisstanne, Bergahorn, Buche,

Lärche, Fichte, Föhre, Douglasie, Traubeneiche und Winterlinde gepflanzt. Belastbare Erkenntnisse, was die Anpassung an den Klimawandel betrifft, sind laut Burgergemeinde frühestens in zehn Jahren zu erfahren.

### Neue Bäume braucht das Land

Der neueste Verwaltungsbericht der Burgergemeinde (2021) zeigt, dass die mit Abstand am meisten angepflanzte Baumart mit 4'683 Exemplaren die Douglasie ist. Gefolgt von der Traubeneiche und Schwarzerle mit je rund 2'900 Neupflanzungen.

Während letztere in ganz Europa anzutreffen sind, zählt die Douglasie zu den nicht-einheimischen Arten. Sie stehen bei Naturschützer\*innen aus verschiedenen Gründen in der Kritik.

### Umstrittene Douglasie

Trotz Totholz-Haufen und Waldreservaten gibt es laut Naturschützer\*innen noch Luft nach oben, was das Thema Biodiversität in den Burgerwäldern betrifft.

Lorenz Heer schiebt an diesem Novembertag sein Velo durch den Könizbergwald, gerade hat es aufgehört zu regnen, Nebel wabert durch die Baumwipfel. Der 54-Jährige ist Geschäftsführer von Pro Natura Bern und beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit den heimischen Wäldern.

Er macht Halt bei Neuanpflanzungen von Douglasien und Tulpenbäumen – beides sogenannte «Gastbaumarten», die eigentlich aus Nordamerika stammen. Er sieht diese in einem kritischen Licht, weil ihnen entscheidende Fähigkeiten fehlen, um Biodiversität zu ermöglichen: Sie bilden keine «Lebensgemeinschaften» mit heimischen Pilz- und Insektenarten. Diese Rolle erfüllt im Ökosystem Wald derzeit beispielsweise die Buche. Sie hat sich über Jahrtausende zu einem Wirt für ganz spezifische Tiere und andere Organismen entwickelt.

Zur Erinnerung: Die Douglasie, ein Nadelbaum, war in den letzten Jahren die am meisten neu gepflanzte Baumart in burgerlichen Wäldern. Bei ihr moniert Heer ausserdem, dass sie im Frühjahr nicht sehr frostresistent sei, was trotz Klimaerwärmung ein Problem darstellen könne.

Warum die Baumart trotzdem vom burgerlichen Forstbetrieb gepflanzt wird? Die Holzwirtschaft schätze sie, weil sie ein hochwertiges Holz biete, das vergleichsweise schnell wachse, erklärt Heer.

Der Biologe findet, dass einheimische Arten im Wald bevorzugt werden sollen – bei der Anpassung an den Klimawandel können dies auch hitze- und trockenheitsresis-



An einer vom Sturm dezimierten Waldfläche der Burgergemeinde zeigt Philipp Egloff die Neuanpflanzungen.



tere Varianten sein, wie sie zum Beispiel in den Südalpen aber auch in der Region Basel vorkommen.

### Mit einheimischen Arten zum Erfolg?

Heer sieht im Könizbergwald ausserdem Flächen, auf denen zu viele Bäume geschlagen wurden. Damit seien Baumarten wie die Buche, die ohnehin schon mit hohen Temperaturen zu kämpfen habe, noch stärker der Sonne und Hitze ausgesetzt, so der 54-Jährige.

Mit dementsprechenden Folgen: Heer zeigt auf den «Sonnenbrand» an der Rinde einer Buche. Der Biologe hat Temperaturmessungen an Stellen im Könizbergwald durchgeführt, an denen viel Holz geschlagen wurde. Das Resultat: «Es gibt kein Waldklima mehr.» Die Temperaturen lagen an einem heissen Sommertag im August immer deutlich über jenen in Waldgebieten, in die weniger eingegriffen wurde.

Support für die Biodiversitäts-Kritik Heers kommt ausgerechnet von einer burgerlichen Institution: dem Natur-

historischen Museum. Dieses befasst sich seit November in einer Sonderausstellung mit dem Insektensterben, einem virulenten Problem. Die Ausstellung entführt die Besucher\*innen ins Jahr 2053, in dem das grosse Artensterben abgewendet werden konnte. Einer, der dazu beigetragen hat, ist ein Förster aus dem aargauischen Villigen:

Er habe viele verschiedene und vor allem heimische Arten gepflanzt. «Die sind für Insekten einfach produktiver», heisst es in der Videobotschaft, die sich die Besucher\*innen im Inneren eines alten Subaru-Forstfahrzeugs anschauen können.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be/l/burgerwald](https://hauptstadt.be/l/burgerwald)



# Die Gewerkschaften des Alten Bern

Geschrieben von Jürg Steiner, fotografiert von Jana Leu

Die Zünfte sind die direkteste noch existierende Verbindung der Bernburger\*innen zum mächtigen, aristokratischen Alten Bern. Sie sind leiser als die Zürcher Zünfte, aber bis heute zentral für das bernburgerliche Selbstverständnis.

In Zürich spannen die im Mittelalter gegründeten Zünfte einmal im Jahr in der linksregierten Grossstadt den bürgerlichen Machtmuskel. Immer im April organisieren sie den Sechseläuten-Umzug und defilieren in historischen Gewändern, hoch zu Ross oder zu Fuss, durch die Stadt.

Für die politische, wirtschaftliche, kirchliche und kulturelle Elite ein absoluter Pflichttermin. In der Regel wird auch eine Vertretung des Bundesrats aufgeboten. Letztes Jahr winkte Elisabeth Baume-Schneider (SP) mit der Constaffel-Zunft ins Publikum.

Es ist eine Demonstration von Selbstbewusstsein, Geld, Einfluss. «Schön, dass Zürich für einen Tag ein bisschen bürgerlich ist», sagte Alt-SVP-Bundesrat Ueli Maurer, er war, obschon zurückgetreten, 2023 als Ehrengast dabei.

## Sturmerprobte Institutionen

Auch Bern hat mittelalterliche Zünfte. Sie nennen sich meist Gesellschaften und sind 13 an der Zahl. Aber ein jährliches Spektakel wie den Sechseläuten-Umzug kann man sich von ihnen nicht vorstellen.

Die Berner Zünfte, deren Angehörige alle auch Bürger\*innen sind, verhalten sich diskreter. Was nicht bedeu-

tet, dass sie keinen Einfluss hätten. Schliesslich entstammen sie dem Mittelalter, als das Alte Bern der mächtigste Stadtstaat nördlich der Alpen und eine grosse Nummer in Europa war.

Vor dem Einmarsch Frankreichs im Jahr 1798 regierte eine schmale Schicht von 75 Patrizierfamilien aus ihrem Machtzentrum in der Altstadt den reichen Staat Bern. Dann fegte die demokratische Revolution diese aristokratische Machtstruktur weg. Die heutige Burgergemeinde Bern entstand erst 1833 und verwahrt sich dezidiert dagegen, eine Fortsetzung des Ancien Régime zu sein.

Die Zünfte hingegen, die es schon im Alten Bern gab, überlebten alle politischen Stürme des 19. Jahrhunderts bis heute. Sie sind das direkteste Erbe der Bernburger\*innen aus dem Alten Bern.

## Hochgearbeitet an die Macht

Zünfte kamen im 14. oder 15. Jahrhundert auf, als Vereinigungen von Berufsleuten oder Handwerkern. Sie verstanden sich allerdings nicht als Handlanger der Mächtigen, sondern auch als Opposition gegen die herrschenden Patrizierfamilien. Sie kämpften hartnäckig um politische Teil-

haben. Der Berner Adel, der die Zügel routiniert in der Hand hatte, fühlte sich bedroht.

«Heutzutage würde man wohl von einer Gewerkschaft sprechen», sagte Giorgio Albisetti, bis 2020 Präsident der Gesellschaft zu Pfistern, in einem Interview, als er über die historische Rolle seiner Zunft befragt wurde.

Die Berner Zünfte arbeiteten sich über die Jahrhunderte hoch zu erheblichem Einfluss im Alten Bern. Das gilt vor allem für die vier sogenannten Venner-Zünfte (Pfistern, Schmieden, Metzger, Ober-Gerwer). Sie stellten in den historischen Stadtvierteln Beamte, die für den Draht zur Regierung zuständig waren.

Die historische Hierarchie gilt bis heute, wenn man die Berner Zünfte auf einer Liste korrekt aufzählen will. Zuerst

kommt die adlige Gesellschaft zum Distelzwang, danach folgen die vier Venner-Zünfte, ehe die «gemeinen Zünfte» folgen. Auch die «Hauptstadt» wird sich im folgenden an diese Hierarchie halten.

## Eine Zunft ist eine Gemeinde

Bern hat im Unterschied zu anderen Zunftstädten eine Besonderheit konserviert: Die Zünfte in Bern sind nicht wie etwa in Zürich zu Vereinen degradiert, sondern eigenständige Gemeinden mit «Regierung» und «Gemeindeversammlung» geblieben.

Das ermächtigt sie, institutionelle Aufgaben wahrzunehmen. So übernehmen sie die Sozialhilfe für Zunftge-

Immer noch an der Fassade in der Kramgasse, obschon die Zunft den Namen geändert hat: Das Wahrzeichen der früheren Zunft zum Mohren, die heute Zunft zur Schneidern heisst.



noss\*innen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Bis vor 10 Jahren gehörten auch vormundschaftliche Aufgaben dazu, die heute in der burgerlichen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde zusammengezogen sind. Die meisten Zünfte zahlen ihren Angehörigen, wenn sie Eltern sind, zusätzliche Erziehungsbeiträge aus oder unterstützen Ausbildungen.

Weil die Zünfte (wie die Bürgergemeinde auch) keine Steuern erheben dürfen, finanzieren sie diese Ausgaben in der Regel, indem sie ihren Liegenschaftsbesitz bewirtschaften.

Die Frage, die sich automatisch stellt: In welchem Beziehungsstatus stehen die Zünfte zur Bürgergemeinde? Die Antwort: Der Status ist kompliziert, zumindest für Ausenstehende.

### Türöffner der Einbürgerung

Zünfte gehören zwar zur Welt der Bernburger\*innen, aber sind keine Filialen der Bürgergemeinde. Sondern eigenständige Korporationen, deren Entscheide die Bürgergemeinde nicht beeinflussen kann. Trotzdem bestehen enge Verbindungen: Alle Zünftler\*innen sind auch Bürger\*innen, einige haben ein Amt sowohl in der Zunft als auch in der Bürgergemeinde.

Wenn sich Personen einbürgern lassen wollen, spielen die Zünfte eine wichtige Rolle. Wobei es auch möglich ist, Bürger\*in zu werden ohne Zunftzwang. Zunftlose Bürger\*innen können sich der Bürgergesellschaft anschliessen.

### Historisches Erbe

Selten werden die Zünfte zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Eine jüngere Ausnahme ist die Zunft zur Schneidern, die heftig mit ihrem historischen Erbe zu kämpfen hatte. Die Vereinigung der Schneider und Tuchscherer hiess Zunft zum Mohren und wurde jahrelang mit Rassismuskonfrontationen konfrontiert. Vor allem jüngere Zunftangehörige hatten Mühe, sich noch mit der Zunft zu identifizieren.

Deshalb änderte sie 2022 ihren Namen und liess als Zunft zur Schneidern ihr Branding mithilfe einer professionellen Agentur modernisieren. Das frühere äussere Erscheinungsbild, eine stereotype Skulptur eines bewaffneten, halb nackten Schwarzen mit dicken Lippen und flacher Stirn, die sich an der Fassade des Zunfthauses an der Kramgasse 9 befindet, wird indessen nicht entfernt. Das

Haus ist denkmalgeschützt. Ein Schild erklärt aber den historischen Kontext.

### Bei den Stubengenoss\*innen

Zünfte pflegen altertümlich anmutende Bezeichnungen und Rituale: Wer der gleichen Zunft angehört, ist Stubengenoss\*in. Finanzzuständige nennt man Säckelmeister, Verantwortliche für die Sozialhilfe Almosner. Die Exekutive heisst – bei einigen Zünften – Waisenkommission, Präsident ist der Obmann. Die Gemeindeversammlung wiederum bezeichnet man als Grosses Bott. Verbreitet bei den Zünften sind getrennte Herren- und Damenanstalten.

Zünfte sind die Orte, wo Identität und Verbundenheit vieler Bernburger\*innen geformt werden. Es sind kleinere, überschaubare Einheiten, ein paar hundert bis wenige tausend Angehörige. Man trifft sich regelmässig in einer Gruppe ausgewählter Menschen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dauerhafte persönliche Netzwerke entstehen, ist gross.

### Kurzeinblick ins Zunftleben

Alle Berner Zünfte, obschon der Tradition verpflichtet, verfügen über professionelle Internetauftritte. Um einen Eindruck vom Zunftleben zu vermitteln, hier die korrekt gelisteten 13 Zünfte mit Kürzestcharakterisierungen:

**Gesellschaft zum Distelzwang:** Entstand als Gegenbewegung zu den aufkommenden Handwerkszünften und vereinigte Adel, Klerus und Stadtbeamte. Steht deshalb zuoberst in der Hierarchie der Zünfte.

**Gesellschaft zu Pfistern:** Grösste Berner Zunft mit über 2500 Angehörigen. War ursprünglich die Bäckerzunft, heute sind viele Anwälte\*innen dabei. Identitätstiftend ist der Pfisterring, ein brezelähnliches Gebäck.

**Zunftgesellschaft zu Schmieden:** Pflügt das Handwerk am Amboss bis heute aktiv weiter. Das «Zunftgeschirr» – also das Vermögen – besteht unter anderem aus prunkvollen Humpen und Bechern, die in der Schatzkammer des Historischen Museums aufbewahrt werden. Stubenschreiberin ist Simone Mülchi, Präsidentin der Bürgerkommission, die Einbürgerungsgesuche beurteilt.

**Zunftgesellschaft zu Metzgern:** Bekannt für den traditionellen Herbstanlass namens «Rüebli-mahl», das auch als «Armenspeisung» gedacht war. Das «Rüebli-mahl» ist Männern vorbehalten und alles andere als vegetarisch. Der Ursprung des Begriffs ist unbekannt, aber das «Rüebli-mahl» artete immer wieder zu Ess- und Trinkorgien aus. Man musste sich Mässigung auferlegen, um die Kosten nicht eskalieren zu lassen.



Das Emblem des Vereins für Bürger\*innen, die keiner Zunft angehören: der Bürgergesellschaft.

**Gesellschaft zu Ober-Gerwern:** Zunft der Gerber und Lederhändler. Als Besonderheit vergibt sie jedes Jahr ein Stipendium für eine\*n Studierende\*n aus Osteuropa. Und führt eine eindrucksvolle Liste von Vergabungen an Kulturprojekte, die für 2023 mehrere Dutzend Einträge umfasst.

**Gesellschaft zu Mittellöwen:** Zunft, die ebenfalls auf das Gerbergewerbe zurückgeht und mit Ober-Gerwern eng verbunden ist, allerdings eher Adlige und erfolgreiche Kaufleute vereinigte. Unterstützt auf Gesuch hin explizit soziale und kulturelle Projekte in Stadt und Region Bern. Veranstaltet einen regelmässigen Löwen-Talk.

**Zunft zu Webern:** Zunft der Weber, Walker, Tuch- und Hutmacher, mit explizitem Flair für das Gesellige. Im Zunfthaus an der Gerechtigkeitsgasse befindet sich das Restaurant «Zunft zu Webern».

**Gesellschaft zu Schuhmachern:** Zunft der Schuster, deren Zunfthaus sich gleich neben den Mittellöwen an der Amthausgasse befindet. Gemeinsam mit den Mittellöwen veranstalten die jüngeren Angehörigen im Winter ein Ski-Weekend in Zermatt.

**Zunft zur Schneidern:** Führt das Stubenbuch, das seit dem 15. Jahrhundert sämtliche Angehörigen verzeichnet, bis heute von Hand nach.

**Gesellschaft zu Kaufleuten:** Gewährt jüngeren Zunftangehörigen Stipendien für Bildungsaufenthalte im Ausland. In dieser Zunft ist Stefanie Gerber, Kommunikations-

verantwortliche der Bürgergemeinde, Vize-Obmann, Muris Gemeindepräsident Stephan Lack ist Beisitzer.

**Gesellschaft zu Zimmerleuten:** Hat, wie alle Zünfte betonen, Angehörige «aus allen sozialen Schichten» und verschiedensten Berufen. Von den Stimmberechtigten sind gemäss Zunftangaben bei den Zimmerleuten 60 Prozent Frauen. Sven Gubler, Präsident der Innenstadtvereinigung Bern City, ist Stubenmeister.

**Zunftgesellschaft zum Affen:** Zunft der Steinmetze. Ein unbehauener Quader aus dem Steinbruch heisst Aff. In der Zunft sind gemäss «Bürgerbuch» sowohl der Berner Politik-Professor Adrian Vatter wie der Politgeograf Michael Hermann (Sotomo, Zürich) stubengenössig.

**Gesellschaft zu Schifflern:** Zunft der Schiffer und Fischer. Heute die kleinste Berner Zunft.

**Bürgergesellschaft:** Vereinigung der Bürger\*innen ohne Zunftzugehörigkeit. Entstand erst 1910. Im Unterschied zu den Zünften keine Gemeinde, sondern ein Verein.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be/l/zuenfte](https://hauptstadt.be/l/zuenfte)



# Einbürgern

Geschrieben von Andrea von Däniken, fotografiert von Danielle Liniger

Jedes Jahr werden zirka 30 Menschen neu Bernburger\*innen. Im Frühjahr 2023 gehörte auch die Familie Lauter aus Deutschland dazu. Wie lässt man sich einbürgern und was kostet es?

Seit der Einbürgerung fährt Jonas Lauter mit einem anderen Gefühl mit dem Tram über die Kirchenfeldbrücke in die Stadt. «Jetzt fühle ich mich auch als Berner», sagt er. Auf seiner Identitätskarte stehen zwei Heimatorte. Seit der Einbürgerung 2020: Muri (BE); als frisch gebackener Bernburger: Bern.

Die Lauters leben seit sechzehn Jahren in Bern und besitzen seit drei Jahren den Schweizer Pass. Jonas Lauter (43) ist Ingenieur, seine Frau Sina Lauter (43) Architektin. Die beiden haben nach dem Studium ihre berufliche Laufbahn in der Schweiz begonnen und wohnen seither im Kanton Bern. Ihre Kinder, heute 9 und 12 Jahre alt, sind hier aufgewachsen.

Seit sich die Familie entschieden hat, sich einbürgern zu lassen, vergingen etwa zwei Jahre. Lauter vergleicht den Prozess mit der Einbürgerung in die Einwohnergemeinde. Es gebe bei der Bürgergemeinde zwar keinen Test, den man bestehen müsse, doch vieles verlaufe ähnlich. Das zeigt sich auch bei den Aufnahmekriterien: Diejenigen der Bürgergemeinde sind teilweise dieselben wie die der Schweiz.

## Bescheid wissen

«Da ihr jetzt Schweizer seid, könnt ihr auch Bernburger werden», sagte ein guter Bekannter und Bernburger zu

Jonas Lauter, als die Familie gerade das Schweizer Bürgerrecht erhalten hatte. Lauter wurde hellhörig. Bis zu diesem Zeitpunkt wussten er und seine Familie nicht, dass auch sie Bernburger\*innen werden könnten.

Lauters sind nicht die einzigen, die nicht wissen, dass das möglich ist. Auch nicht alle Berner\*innen wissen davon. Informationen zur Einbürgerung muss man auf der Website der Bürgergemeinde suchen. Nur wer weiss, dass es sie gibt, findet sie.

Steuert die Bürgergemeinde aktiv eine bestimmte Zahl ihrer Angehörigen an? Nicht zu gross, um exklusiv zu bleiben, nicht zu klein, um sich die Existenz zu sichern?

Die Bürgergemeinde gibt sich offen: «Jede und jeder kann sich einbürgern lassen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind», sagt Simone Mülchi, Präsidentin der Bürgerkommission. Sie gehört dem vorberatenden Gremium an, das die Einbürgerungsgesuche beurteilt. Den Entscheid, ob jemand eingebürgert wird, fällt dann das bürgerliche Parlament, der Grosse Burgerrat.

Die Bürgergemeinde strebe weder eine Unter- noch eine Obergrenze für die Zahl der Bernburger\*innen an, sagt Mülchi explizit: «Wir sind neutral.»

Festgehalten sind die Voraussetzungen, unter denen man das Bürgerrecht erhalten kann, im Bürgerrechtsreglement.



Sina und Jonas Lauter sind neu Teil der Bürgergemeinde



Dass sich mit der Zugehörigkeit zur Bürgergemeinde das persönliche Netzwerk erweitern kann, ist für Familie Lauter ein positiver Aspekt.

Die Bedingungen sind:

- Besitz des Schweizer Passes.
- Enge Verbundenheit mit Bern verspüren (ideell oder örtlich).
- Hinter den Zielen und Werten der Bürgergemeinde stehen wollen. (Dazu gehört die Bereitschaft, sich ehrenamtlich in einer Zunft oder der Bürgergemeinde zu engagieren.)
- Einen guten Leumund haben.
- Handlungsfähig sein oder die Zustimmung des Vormunds oder der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde haben.
- Geordnete wirtschaftliche Verhältnisse und den Lebensunterhalt ohne finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand bestreiten.

Klar ist damit: Menschen, die bereits Sozialhilfe beziehen, können sich – dies gilt auch fürs Schweizer Bürgerrecht – nicht einbürgern lassen. Der Grund: Mit der Einbürgerung übernimmt die Bürgergemeinde die Sozialhilfe und den Kindes- und Erwachsenenschutz. Das heisst: Wer Bürger\*in ist, im Kanton Bern wohnt und in eine Situation gerät, in der er oder sie Unterstützung durch die Sozialhilfe beantragt, kann auf die Zunft – oder die Bürgergemeinde bei Angehörigen ohne Zunftangehörigkeit – zählen. Sie entlaste somit die anderen Gemeinwesen, sagt Simone Mülchi. Das bedeutet aber auch: «Personen, die sich einbürgern lassen, müssen sich quasi in dieses System einkaufen.»

Die politischen Ansichten seien der Bürgergemeinde nicht wichtig und würden im Gespräch nicht thematisiert, sagt Mülchi.

Dass Zugezogene wie die Lauters oder Berner\*innen, die bisher nicht viel mit der Bürgergemeinde zu tun hatten, sich einbürgern lassen, ist nicht die Norm. «Mindestens zwei Drittel der Anträge kommen von Menschen, die einen familiären Bürger-Hintergrund haben», sagt Simone Mülchi. Das heisst, jemand aus der Familie – zum Beispiel der Ehemann oder die Ehefrau – ist bereits Bürger\*in.

Die Nachfrage an Einbürgerungen ist moderat: Im Jahr 2022 wurden 35 Personen erfolgreich eingebürgert.

### Die Rolle der Zünfte

Ein wichtiges Bindeglied beim Einbürgerungsprozess sind die Zünfte. In Bern gibt es 13 Zünfte und den Verein Bürgergesellschaft, der Bürger\*innen vereinigt, die keiner Zunft angehören. Denn zum Bürger\*innen-Sein gehört – ausser in Ausnahmefällen – immer eine Zugehörigkeit zu einer Zunft oder zur Bürgergesellschaft.

Auch bei der Einbürgerung spielt die Zunft, in die man eintritt, eine grosse Rolle. Zuerst wendet man sich an die Zunft, zu der man gehören will. Bei der Familie Lauter war es die Zunft zu Metzgern. Aus dem einfachen Grund, weil Jonas Lauter bereits jemanden kannte, der in dieser Zunft war.

Auch die Bürgergemeinde selber empfiehlt, die Einbürgerung über eine Zunft einzufädeln. «Die Bürgergemeinde sagte uns, es sei einfacher in eine Zunft zu kommen, wenn man bereits jemanden kennt, der dort aktiv ist», erzählt Jonas Lauter.

Der Prozess der Einbürgerung startete, sobald Lauters Bekannter in der Zunft das Anliegen der Familie weitergegeben hatte.

### Der Ablauf

Die Einbürgerung begann mit zwei persönlichen Gesprächen mit Vertreter\*innen der Zunft zu Metzgern und der Familie Lauter. Daraufhin sprach die Zunft zu Metzgern eine Empfehlung an die Bürgergemeinde zur Aufnahme aus. An dieser und an weiteren Stellen im Aufnahmeprozess könnten die Zunft oder die Bürgergemeinde das Gesuch auch nicht weiterempfehlen. Die Familie müsste dann entscheiden, ob sie den Antrag zurückzieht oder nicht.

Dann übernahm die Bürgerkanzlei den weiteren Prozess. Ihr gaben die Lauters ihr Aufnahmegesuch ab, dem sie neben Lebenslauf und Motivationsschreiben auch Dokumente wie Steuererklärungen und -veranlagungen beilegen mussten.

Das vollständige Gesuch kam zur Bürgerkommission, die es prüfte. Nach der Prüfung lud die Kommission Sina und Jonas Lauter zum Gespräch mit Kommissionspräsidentin Simone Mülchi und Kommissionsmitglied François von Wattenwyl ein.

Die Gespräche mit Vertreter\*innen der Zunft zu Metzgern und der Bürgergemeinde hinterliessen bei den Lauters ein positives Gefühl. «Wir fühlten uns dadurch willkommen», sagt Sina Lauter. Das sei zentral für sie gewesen.

### Sich einkaufen

Nach dem Gespräch mit der Bürgerkommission erhielt der Kleine Burgerrat den Antrag, die Familie weiterzupfehlen und berechnete die Einkaufssumme. Diese richtet sich nach dem Einkommen und Vermögen der Familie und ist einmalig mit dem Eintritt in die Bürgergemeinde zu bezahlen.

Die Einkaufssumme kommt in der Regel je zur Hälfte dem Burgerspittel und der sozialen Institution Sora zugute. Im Jahr 2022 beliefen sich die Einnahmen aus den Einkaufssummen auf 35'000 Franken.

Die Einkaufssumme in die Bürgergemeinde sei für die Familie Lauter etwa so hoch gewesen wie ihre zweiwöchige USA-Reise im Herbst 2022. «Deutlich unter 10'000 Franken», sagt Jonas Lauter. Da sie gleichzeitig in die Zunft eintraten, verdoppelte sich die Einkaufssumme: Die Zunft zu Metzgern verlange die gleich hohe Summe wie die Bürgergemeinde, sagt Jonas Lauter.

Wer sich einbürgern lassen will, muss nicht nur mit einer Einkaufssumme für die Bürgergemeinde rechnen, sondern muss sich auch in die Zunft einkaufen. Wie hoch können diese Beträge sein?

Jede Zunft entscheide selbst, wie hoch bei ihnen die Einkaufssumme ist. «Wir gehen davon aus, dass die meisten Zünfte die gleiche Einkaufssumme erheben, wie die Bürgergemeinde», sagt Simone Mülchi. Die Einkaufssumme der Bürgergemeinde allein bewege sich zwischen 3'000 und 13'000 Franken. Mit der Einkaufssumme in die Zunft kann sich der Betrag verdoppeln.

Bis zu 10'000 Franken kann die Einkaufssumme in die Bürgergemeinde differieren. Diese grosse Spannweite ist ihr wichtig: «Es soll für jede soziale Schicht möglich sein, sich der Bürgergemeinde anzuschliessen», sagt Simone Mülchi.

Noch weniger zahlen burgernahe Gesuchsteller\*innen: Der Einkaufsbetrag reduziert sich für Personen, die mit je-

## Exkurs: Geschichte

Einbürgerungen sind schon seit sehr langer Zeit möglich. Die Bürgergemeinde hat durch ihr Reglement immer wieder gesteuert, wer und wie viele Menschen sich einbürgern lassen durften.

Noch im 19. Jahrhundert sah sich die Bürgergemeinde als exklusive und unerschütterliche Gemeinschaft. In diesem Selbstbild war der Status der Bürger\*innen naturgegeben, man erhielt ihn idealerweise durch die Geburt. Gleichzeitig war es der Bürgergemeinde aber nicht erlaubt, sich abzuschotten. Eine Einbürgerung musste möglich sein.

Für die Bürgergemeinde war es wichtig, die neuen Bürger\*innen gut auszuwählen, um die Angehörigen weiterhin möglichst homogen zu halten. Sie entwickelte Kriterien, die sich im Laufe der Zeit dem sich verändernden Selbstverständnis der Bürgergemeinde anpassten.

Die Höhe der Einkaufssumme hat sich im Laufe der Jahre immer wieder verändert. 1878 betrug die Einkaufssumme zum Beispiel pauschal 15'800 Franken. Seit 1992 wird die Einkaufssumme nach Vermögen und Einkommen berechnet. Schon seit Beginn haben bürgernahe Einbürgerungen tiefere Einkaufssummen. Und auch das Kapital spielte eine grosse Rolle. 1889 zum Beispiel musste man mindestens 10'000 Franken steuerfreies Kapital vorweisen.

In verschiedenen Kriterien, die sich mit der Zeit wieder auflösten, zeigt sich, dass die Bürgergemeinde teilweise der Zeit hinterherhinkte. So war lange Zeit sogar die Gesundheit ein (inoffizielles) Kriterium. Erst seit 2001 ist sie es nicht mehr. Ein Arztzeugnis war jedoch noch bis darüber hinaus ein Pflichtdokument. Laut der Bürgergemeinde ist das heute nicht mehr der Fall.

Unverheiratete Personen waren als Bürger\*innen nicht gern gesehen. 1992 stand neu im Reglement, dass Unverheiratete möglichst nicht eingebürgert werden sollen. Diese Regel wurde aber wieder aufgehoben.

Durch die Veränderungen und die Gleichstellung von Mann und Frau im Zivilgesetzbuch haben sich auch die Bürgerrechtsreglemente – teilweise zeitversetzt – verändert. Bis 1988 verloren Frauen ihr Bürgerrecht bei einer Heirat mit einem Nicht-Bürger. Bis zu diesem Zeitpunkt galt, dass Frauen ihren Heimatort bei der Heirat von ihrem Ehemann übernahmen. Seit 2014 wird die Ehefrau des gesuchstellenden Manns nicht mehr automatisch Bürgerin, kann sich aber erleichtert einbürgern lassen.

Bis heute aber gilt: Selbst bei Erfüllung aller Kriterien war und ist die Einbürgerung nicht garantiert, eine Ablehnung wäre aber schwierig.



Die Gespräche mit Vertreter\*innen der Zunft zu Metzgern und der Bürgergemeinde hinterliessen bei den Lauters ein positives Gefühl. «Wir fühlten uns dadurch willkommen», sagt Sina Lauter.

mandem aus der Bürgergemeinde verheiratet sind oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Sowie für Kinder, egal in welchem Alter, deren Eltern- oder Grosselternanteil Bürger\*in ist. Das nennt sich erleichterte Einbürgerung. Hier gilt eine pauschale Einkaufssumme von 1'000 Franken.

Man kann auch als Bürger\*in geboren werden: Wenn die Eltern – oder der namensgebende Teil davon – Bürger sind, ist das Kind ebenfalls Bürger. Nachfolgende Generationen müssen also keine Einkaufssumme mehr bezahlen.

### Annehmen oder ablehnen

Weiter im Ablauf: Mit dem Festsetzen der Einkaufssumme stellt der Kleine Burgerrat dem Grossen Burgerrat Antrag auf Erteilung des Bürgerrechts. Der Grosse Burgerrat entscheidet über die definitive Annahme der Familie Lauter.

Ablehnungen sind zwar theoretisch möglich, in der Realität kommen sie aber kaum vor. Seit Simone Mülchi in der Bürgerkommission ist, habe die Bürgergemeinde noch nie einen Antrag abgelehnt oder jemandem das Bürgerrecht entzogen.

Ist der Entscheid des grossen Burgerrats positiv, ist der Rest Formalität: Der Kanton genehmigt die Einbürgerung, dann folgt die Erteilung des Zunftrechts mit der Begleichung der Einkaufssumme.

### Das grosse Warum

Der Grund, weshalb sich die Familie Lauter einbürgern liess, ist vielschichtig und für Jonas und Sina Lauter nicht in einem Satz zu benennen. Verschiedene Aspekte spielen für die Familie eine wichtige Rolle. Einerseits habe die Sorge zur historischen Baukultur die Familie stark



### So läuft es an der Burgerrats-Sitzung konkret ab:

An der Sitzung des Grossen Burgerrates vom 23. Oktober standen 18 Einbürgerungs-Dossiers zur Abstimmung. Die zuständige Kleine Burgerrätin Simone Mülchi erläuterte die Gesuche. Derweil wurde an der Leinwand eine Slideshow mit Fotos der Einbürgerungswilligen gezeigt. Von den 18 Dossiers seien 17 bürger nah, erklärte Mülchi. Alle 18 Einbürgerungswilligen gehörten auch einer Zunft an.

Diskussionen oder Fragen gab es keine. Die Einbürgerungen werden nicht – wie andere Geschäfte – durch Handaufheben beschlossen, sondern durch das schriftliche Ausfüllen von Wahlzetteln.

Alle Einbürgerungen wurden klar gutgeheissen. Es gab nur bei zwei Dossiers je eine Enthaltung. Eines der Dossiers war das burgerferne Gesuch. (jow)

angesprochen. Die Burgergemeinde wolle das Erbe weitertragen und mit ehrenamtlichem Engagement eine Zukunft aufbauen. «Das entspricht uns sehr», sagt Jonas Lauter.

Ein weiterer Grund sei der Einsatz für soziale Themen und kulturelle Einrichtungen. «Wir haben gespürt, dass wir bei der Burgergemeinde erwünscht sind, vor allem auch als junge Familie, die sich engagieren will», sagt Jonas Lauter.

Zudem freuen sich die Lauters, neue Menschen kennenzulernen, die verschiedene Hintergründe, Berufe und Herkünfte haben. Dass sich mit der Zugehörigkeit zur Burgergemeinde das persönliche Netzwerk erweitern kann, stehe für die Familie zwar nicht im Vordergrund, sei aber positiv.

Die Burgergemeinde selbst sei auf ehrenamtliches Engagement angewiesen und somit auch auf genügend Bernburger\*innen, sagt Simone Mülchi. In der Burgergemeinde gibt es über 300 Funktionen, die Bernburger\*innen ehrenamtlich ausüben – etwa in Stiftungen, Kommissionen und Räten. Sich zu engagieren sei aber nicht Pflicht.

# Liebe Burgergemeinde, wir haben Ideen

Geschrieben von der Redaktion

Die «Hauptstadt» hat sich in einem Schwerpunkt mit der Berner Burgergemeinde beschäftigt. Zum Abschluss gibt sie Denkanstösse, wie und was die reiche zweite Gemeinde Berns auch noch sein könnte.



Ein spielerischer Blick in die Zukunft: Elemente der ursprünglichen realen Bilder wurden mit der KI «Generative Füllung» von Photoshop Beta abgeändert oder ergänzt.

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be/1/einburgern](https://hauptstadt.be/1/einburgern)





«Gibt es die Bürgergemeinde in 50 Jahren noch?», wurde Bürgergemeindepäsident Bruno Wild am Talk der «Hauptstadt» Anfang November 2023 gefragt.

«Ja», antwortete Wild ohne zu zögern, «und auch in 100 Jahren».

Die Bürgergemeinde sagt von sich selbst, sie denke nicht in Vierjahres-Legislaturen, sondern in Generationen. Sie sei für die Ewigkeit angelegt.

Und tatsächlich: Dass Berns zweite Gemeinde demnächst abgeschafft wird, ist sehr unwahrscheinlich. Zu stark profitiert die Stadt von ihrer grosszügigen Vergabepolitik, zu breit ist sie in allen politischen Lagern abgestützt.

Trotzdem muss sich die Bürgergemeinde als grösste Grundeigentümerin der Stadt Bern immer wieder Kritik stellen. Ihre Legitimation wird in Frage gestellt. Denn mit dabei ist nur, wer als Bürger\*in geboren wurde – oder sich einkauft und einbürgern lässt. Die Bürgergemeinde ist alles andere als offensiv im Anwerben neuer Angehöriger. Und so kommt es, dass rund 18'700 Bürger\*innen über ein Vermögen von 1,2 Milliarden und jährliche Erträge von etwa 50 Millionen Franken bestimmen.

Die Bürgergemeinde muss das Geld laut Kantonsverfassung «zum Wohl der Allgemeinheit» einsetzen. Doch was das konkret bedeutet, bestimmt sie selbst.

Sie folgt dabei einer Logik, die wenig hinterfragt wird: Weil sie keine Steuern erhebt, bewirtschaftet die Bürgergemeinde ihre Eigentümer Boden und Wald, um unter dem Strich Profit aus ihnen zu erzielen. Diesen Profit schüttet sie an Projekte aus, die der Allgemeinheit dienen – Kultur, Museen, soziale Projekte, Wissenschaft.

Zum Abschluss ihrer 11-teiligen Serie präsentiert die «Hauptstadt» vier Vorschläge, wie die Bürgergemeinde das «Wohl der Allgemeinheit» auch noch bedienen könnte – ein bisschen anders, als sie es bisher tut. Die «Hauptstadt» stützt sich dabei auf die Erkenntnisse aus ihren Recherchen.

Denn wir sind der Meinung: Eine Institution, die für die Ewigkeit angelegt ist, sollte sich gelegentlich neu erfinden.

## 1. Back to the Roots: Nutzungsgemeinschaften

Die Bürgergemeinde hat keine rein aristokratische Herkunft. Sie war nicht immer und nicht nur ein erlauchter Kreis von Patrizierfamilien, die über Berns Güter herrschten. Vielmehr ging es ursprünglich auch um mittelalterliche Allmendgenossenschaften – also darum, Boden gemeinsam zu besitzen und sinnvoll zu bewirtschaften.

Mit anderen Worten: Bürger\*innen, ihr wart zuerst auch ein Bauernkollektiv, nicht nur eine adlige Exklusivgesellschaft.

Im Grundgedanken solcher mittelalterlicher Nutzungsgemeinschaften steckt ein Potenzial für die Gegenwart. Die Bürgergemeinde muss ihre Existenz ständig angestrengt legitimieren, weil sie ein vordemokratisches Image hat. Dabei wäre wie eine Organisation, die geeignet ist, schwierige Zukunftsfragen im Lokalen anzugehen.

Wie können wir angesichts der Klimakrise unsere lokalen, natürlichen Ressourcen sinnvoll gemeinsam nutzen? Wie übernehmen wir Verantwortung für unsere nächste Umgebung?

Solche Fragen beschäftigen die Menschen auch im urbanen Raum. Das zeigt etwa das wachsende Interesse an alternativen Versorgungsformen. Zum Beispiel die solidarische Landwirtschaft, wo Konsument\*innen lokales Gemüse nicht bloss kaufen, sondern sich auch an dessen Produktion beteiligen.

Bürgergemeinden und Korporationen sind in der Schweiz traditionelle Organisationsformen, die genau so funktionieren. Es sind Nutzungsgemeinschaften, häufig in ländlichen Gebieten, die sich um die gemeinsame Bewirtschaftung von Alpweiden, Wasserquellen oder Wäldern kümmern.

Das Wissen dafür ist da. Hier, vor Ort, in Bern.

Zwei Wissenschaftler an der Universität Bern beschäftigen sich intensiv mit gemeinschaftlichen Organisationen wie Bürgergemeinden, Alpkorporationen und Allmendgenossenschaften. Man nennt sie auch Commons. Es wird international wissenschaftlich diskutiert, wie sie zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen beitragen können. Der Historiker Martin Stuber und der Sozialanthropologe Tobias Haller erforschen das gesellschaftliche Potenzial von Commons, und zwar mit weitem Horizont: Haller untersuchte im afrikanischen Sambia kleinräumige Regelwerke der kollektiven Ressourcenbewirtschaftung. Etwa von Weiden, Wild und Fisch im Kommunaleigentum, wie es im globalen Süden weit verbreitet war.

Eine solche Rolle könnte in Bern die Bürgergemeinde wieder stärker übernehmen, sind sie der Meinung. Sie könnte zum Beispiel als Waldeigentümerin kleine, ultralokale Nutzungsgemeinschaften bilden und verwalten.

Darin würden Menschen, die in der unmittelbaren Umgebung leben, ein bestimmtes Waldstück nicht nur nutzen, sondern mit eigener Tatkraft direkt Verantwortung für die Bewirtschaftung übernehmen. Indem sie selber im Wald

arbeiten, etwa an gewissen Tagen im Jahr Neophyten bekämpfen, würden sich die Nutzer\*innen das Recht verschaffen, über ihr gemeinsames Waldstück mitzubestimmen. Das hätte einen sozialen Nutzen. Und könnte auch das Verantwortungsgefühl für die lokalen natürlichen Ressourcen steigern. Im Sinne von: Wir schauen gemeinsam zu unserem Wald.

Hier könnte die Bürgergemeinde durch ihre Struktur einen Vorteil gegenüber dem Staat nutzen. Sie kann lokaler wirken und ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl begründen.

Übrigens: Die beiden Wissenschaftler befassen sich an der Universität Bern seit Jahren mit dem Thema Commons. Die US-Amerikanerin Ellinor Ostrom hat damit sogar den Wirtschafts-Nobelpreis gewonnen. Martin Stuber und Tobias Haller haben ein Buch über die Commons in der Schweiz mitverfasst.

Ihre Forschungsergebnisse könnten zu weiteren Diskussionen in der Bürgergemeinde Bern anregen. Stuber und Haller stehen gerne zur Verfügung, ihr Wissen weiterzugeben.

Die Bürgergemeinde, finden sie, könnte ein interessantes Labor sein, der Stadt-Land-Polarität etwas entgegenzusetzen.

Das «Wohl der Allgemeinheit» wäre bei einer solchen Kollektivnutzung anders gedacht als es die Bürgergemeinde heute tut: Man würde die Güter bis zu einem gewissen Grad der Marktlogik entziehen. Nicht nur der Profit, der aus den Gütern gewonnen und ausgeschüttet wird, dient dem Allgemeinwohl. Sondern bereits die Bewirtschaftung der Güter, in diesem Fall des Waldes, müssen der Allgemeinheit zugutekommen. Hinzu käme ein grösseres Verantwortungsgefühl der Nutzer\*innen.

## 2. Wertvoller Boden: Bezahlbarer Wohnraum

Nicht nur beim Wald, sondern auch beim Boden- und Immobilieneigentum der Bürgergemeinde könnte das «Wohl der Allgemeinheit» entsprechend den Herausforderungen unserer Zeit und dem Commons-Gedanken neu ausgelegt werden.

Bezahlbarer Wohnraum in Städten, auch in Bern, wird immer rarer.

Hier hätte es die Bürgergemeinde als Immobilien-Eigentümerin in der Hand, zu Lösungen beizutragen: Warum nicht einen Teil des Ertrags, der ohnehin der Allgemeinheit zugutekommen muss, gleich bei den Mieten selbst investieren? Oder preisgünstigen Wohnungsbau bei der Vergabe

von Baurechten spezifisch fördern (wie vereinzelt schon gemacht)?

Mit einem Fokus auf günstigen Wohnraum würde die Bürgergemeinde ein weiteres, dringliches Problem im Rahmen ihres Auftrags und ihrer Möglichkeiten angehen.

### 3. Auf die Ewigkeit: Vollgas fürs Klima

Die Recherchen der «Hauptstadt» zeigen: Die Bürgergemeinde hat beim Klima- und Umweltschutz viel Luft nach oben. Sie investiert zwar in kulturelle und wissenschaftliche Projekte, die sich mit dem Thema befassen. Aktuell läuft zum Beispiel eine Sonderausstellung zum Insektensterben im Naturhistorischen Museum.

Doch bei ihren eigenen Gütern räumt die Bürgergemeinde dem Thema zu wenig Gewicht ein, sowohl im Wald als auch in der Liegenschaftsverwaltung. So hat sie beispielsweise auf keiner ihrer vielen Liegenschaften eine Solaranlage in Betrieb.

Die «Hauptstadt» stellt aber die Frage: Wenn man sich an der Ewigkeit orientiert – was, wenn nicht der Klimaschutz sollte Priorität haben?

In der Bürgergemeinde sind die Entscheidungswege kurz und das Geld ist verfügbar. Im Vergleich zum Gemeinwesen können innovative Ideen schnell und unkompliziert umgesetzt werden. Parteipolitik steht Fachdiskussionen nicht im Weg.

Diese Freiheit könnte auch zum Entscheid führen: Vollgas für den Klimaschutz.

Photovoltaik-Panels auf jedes Dach der burgerlichen Liegenschaften. Beim Bürgerwald auf einen Ertrag verzichten und diesen dafür in eine Biodiversitäts-Allmende wandeln. Ein Teil des Bürger-Vermögens würde so zum Klima-Fonds für die Berner Stadtbevölkerung.

Mit solchen Ideen müsste die Bürgergemeinde eigentlich in ihren eigenen rot-grünen Reihen offene Türen einrennen. Genauso in der rot-grün regierten Stadt Bern.

### 4. Mehr ist mehr: Ab in die Bürgergemeinde

Immer wieder muss sich die Bürgergemeinde dem Vorwurf stellen, sie sei ein exklusiver Club und damit undemokratisch. Trotzdem konnte ein Zusammenschluss mit der Einwohnergemeinde bis jetzt noch nie politische Mehrheiten erreichen.

Der Zugang zur Bürgergemeinde ist gegenwärtig ein langwieriges und unter Umständen teures Unterfangen.

Aktives Werben um neue Angehörige ist der Bürgergemeinde fremd.

Aus demokratischer Sicht macht das wenig Sinn. Je mehr Angehörige, je offener die Bürgergemeinde, umso besser wäre ihre Legitimation.

Die «Hauptstadt» schlägt zwei Schritte in diese Richtung vor. Der erste richtet sich an die Bürgergemeinde: Sie senkt ihre Hürden für die Aufnahme neuer Angehöriger. Der zweite richtet sich an stimmberechtigte Berner Nicht-Bürger\*innen: Möglichst viele Stadtbewohner\*innen stellen ein Gesuch um Aufnahme in die Bürgergemeinde Bern.

Warum eigentlich nicht?

# Impressum

Trockene Fakten und freundliche Menschen.

## Redaktion

Marina Bolzli, Andrea von Däniken, Edith Krähenbühl, Nicolai Morawitz, Jana Schmid, Lea Sidler, Jürg Steiner, Mathias Streit, Joël Widmer

## Visuelle Inhalte

Mathias Born, Simon Boschi, Daniel Bürgin, Dres Hubacher, Jana Leu, Danielle Liniger, Manuel Lopez

## Kontakt

«Hauptstadt», Belpstrasse 53, 3007 Bern  
info@hauptstadt.be

## Trägerschaft

Verein für Berner Medienvielfalt, Sonnegring 15, 3008 Bern

## Partner\*innen

Seit dem Start des Projektes sind die Kooperation und der Austausch mit anderen unabhängigen Medien für die «Hauptstadt» zentrale Erfolgsfaktoren. Deshalb haben wir uns dem Netzwerk We.Publish angeschlossen und nutzen deren Open-Source-CMS.

## Finanzierung

Wir sind leser\*innenfinanziert, deshalb brauchen wir dich und dein Abo:  
hauptstadt.be/abo

Weiter erhielt die «Hauptstadt» eine Anschubfinanzierung von folgenden Partner\*innen:

Stiftung für Medienvielfalt, Stiftung Volkart, Bürgergemeinde Bern, BEKB Förderfonds, Migros Aare

Hier den Artikel online lesen  
→ [hauptstadt.be//burgerzukunft](https://hauptstadt.be//burgerzukunft)



Titelbild: Silja Elsener  
Layout: VOLL TOLL

# unabhängig bleiben

Die «Hauptstadt» gibt es nur dank ihren Abonnent\*innen.  
Stärke professionellen Journalismus und die Medienvielfalt in Bern:  
Löse jetzt ein Abo der Online-Zeitung «Hauptstadt».



## Jahresabo

Das Wichtigste aus Bern  
[hauptstadt.be/abo](https://hauptstadt.be/abo)



## Geschenkabo

Mach jemandem Freude  
[hauptstadt.be/geschenkabo](https://hauptstadt.be/geschenkabo)